

Plan der Stadt DORPAT



I Erster Stadttheil.
II Zweiter Stadttheil.
III Dritter Stadttheil.

200 500 1000 Schritt

Sammlung

der

von der Dorpater Stadtverordneten-Versammlung innerhalb der
Jahre 1878—1883 erlassenen obligatorischen

Verordnungen, Instructionen

und

Beschlüsse

allgemein verbindlichen Inhalts.

Mit einem Plan der Stadt Dorpat.

Dorpat.

Druck und Verlag von H. Laafmann's Buch- und Steindruckerei.

1883.



Von der Censur gestattet. — Dorpat, den 9. September 1883.

Vorwort.

Indem ich die nachstehende Sammlung der von der Dorpater Stadt-Verordneten-Versammlung seit Einführung der neuen Städteordnung erlassenen allgemein verbindlichen Verordnungen, Reglements und Instructionen der Oeffentlichkeit übergebe, glaube ich, einem lebhaft gefühlten Bedürfnisse der Einwohner unserer Stadt entgegen zu kommen. Theils in der Gouvernements-Zeitung, theils in unseren lokalen Blättern zerstreut, sind diese Resultate der Autonomie unseres städtischen Verwaltungskörpers, soweit dieselbe ihre gesetzliche Begründung in der Städteordnung findet, dem Einzelnen nicht leicht zugänglich und finden daher, wie die Erfahrung gelehrt hat, häufig nicht diejenige Beachtung, die im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt dringend zu wünschen wäre. Ich habe den Weg der chronologischen Ordnung des Stoffes gewählt, einerseits weil eine Sonderung nach Materien ihrer Verschiedenartigkeit wegen schwer möglich ist und andererseits, weil ich gesonnen bin, der vorliegenden Publication noch weitere Editionen folgen zu lassen, sobald das hiezu erforderliche Material in der dazu geeigneten Gestalt vorliegen wird. Ich meine die soeben in der Redaktion begriffene Bauordnung, ferner die zum großen Nachtheile unseres Gemeinwesens leider noch immer nicht zuständigen Orts bestätigten Statuten einer Dorpater Sparkasse und eines die livländischen Städte, mit Ausnahme Riga's umfassenden Hypotheken-Vereins, endlich die etwa noch später zu erlassenden, für die Einwohner Dorpats obligatorischen Verordnungen. Es ist mir freundlichst gestattet worden, als Einleitung zu dieser Sammlung, den von unserem verehrten Stadthaupt, Sr. Excellenz Dr. G. von Dettingen in der Stadtverordneten-Versammlung vom 19. März 1882 verlesenen, bisher nur in einer geringen Anzahl von Exemplaren im Druck vorhandenen, sehr eingehenden „Rückblick auf die Thätigkeit der städtischen Verwaltung zu Dorpat in der Verwaltungsperiode 1878—1882“ zu benutzen. Ein sorgfältig ausgeführter Plan der Stadt Dorpat endlich, welcher diesem Hefte beigelegt ist, dürfte wohl geeignet sein, den Werth desselben zu erhöhen.

Dorpat, September 1883.

Der Herausgeber.

Rückblick auf die Thätigkeit der städtischen Verwaltung zu Dorpat

in der Verwaltungsperiode 1878—1882.

Der Rechenschafts- und der Verwaltungsbericht über das Jahr 1881 ist der hergebrachten Ordnung entsprechend zum 1. April d. J. abzustatten und wird somit der aus den Neuwahlen hervorgegangenen Stadtverordneten-Versammlung vorzulegen sein. Mit Ihnen aber, meine Herren Stadtverordneten, deren Fürsorge in diesen letzten 4 Jahren die Interessen der städtischen Commune anvertraut gewesen sind, kann ich nicht umhin eine Rückschau zu halten über die Thätigkeit dieser Verwaltungsperiode, — eine Rückschau, die ergeben soll, in wie weit unser Thun und Wirken erfolgreich gewesen, in wie weit unsere Bestrebungen nicht zum Ziel gelangt, welche Aufgaben der Zukunft vorbehalten geblieben.

Die erste Aufgabe der Communalvertretung war die Constituirung der neuen Verwaltung, die Empfangnahme der städtischen Vermögensobjecte von der früheren Verwaltung und die Abgränzung der Competenzen gegenüber dieser letzteren. Es genügt hinsichtlich dieser beiden letzteren Actionen zu bemerken, daß sie ohne erhebliche Schwierigkeiten erledigt wurden. Damit ist freilich die Aufgabe nicht gelöst, eine organische Verbindung der jetzt neben einander bestehenden Institutionen herbeizuführen. Ein Schritt dazu ist gethan durch die Theilnahme von Stadtverordneten an den Berathungen des städtischen Schul-Collegium, — wollen wir hoffen, daß aus dem gegenwärtigen Dualismus mit der Zeit bei allseitigem guten Willen dauernde, mehr harmonische Institutionen zur Gestaltung gelangen.

Die Constituirung der neuen Verwaltung wurde zunächst durch Installation des Stadtamtes und Zusammensetzung der Executivcommissionen in Angriff genommen und alsdann durch Ausarbeitung und Annahme einer „Instruction für die Behörden der Stadtverwaltung Dorpats“ in den details hergestellt. Die weitere Entwicklung der communalen Institutionen durch organisatorische Maßregeln ist das Ziel gewesen, das Sie, meine Herren, während der ganzen Zeit dieser Verwaltungsperiode unverrückt im Auge behalten haben. In diesem Bestreben ist eine Reihe von Arbeiten durchgeführt oder wenigstens in Angriff genommen worden.

Es war uns nicht vergönnt, sofort ruhig dem positiven Ausbau der Einrichtung unseres Gemeinwesens uns zu widmen: unsere erste Aufgabe war ein Act der Abwehr, eine Einsprache gegen die vom Herrn Gouvernementschef in russischer Sprache mit der städtischen Verwaltung begonnenen Correspondenz. Eine derartige Veränderung des Rechtszustandes nöthigte uns, kein gesetzlich uns zustehendes Rechtsmittel unbenutzt zu lassen, um den Gebrauch der deutschen Sprache in der bisherigen Ausdehnung uns zu erhalten. Wir haben jene

wird der dem Flusse abgewonnene Raum, zumal am linken Ufer durch die in Angriff genommene Füllung, als Stapelplatz für die städtische Casse nutzbar gemacht.

Der Zustand vieler Straßen, insbesondere in den tiefergelegenen Gegenden des III. Stadtheils, läßt viel zu wünschen übrig. Wir können uns nicht den Vorwurf machen, diesem Uebelstande gegenüber uns gleichgültig verhalten zu haben. Weder Mühe noch Kosten sind gescheut worden, um einen von Experten für gut befundenen Plan zur Entsorgung des III. Stadtheils, der unerläßlichen Bedingung zur Anlage solider Straßen, auszuarbeiten. Es bedarf nur der Opferwilligkeit der Steuerzahler, resp. des Beschlusses von Seiten ihrer Vertreter, der Stadtverordneten, um den Plan zur Ausführung zu bringen. Freilich sind die Kosten bedeutend, und die Anlage des Capitals wird, vom materiellen Standpunkt geurtheilt, keine productive sein. Mit vielen Kosten ist hergestellt worden die Pflasterung der zum Bahnhof und der zur Gasanstalt führenden Straßen. Eine solidere Beschaffung des Pflasters ist in Aussicht genommen durch die Anstellung eines besonderen Beamten zur Ueberwachung dieser Arbeiten und durch den Bezug von Grand im Großen aus einem in der Nähe am Embach ermittelten Grandlager.

Zur Beschaffung guten Trintwassers, zumal in den niedrig gelegenen Stadtheilen, ist mit der Anlage von Brunnen durch Tiefbohrung erfolgreich der Anfang gemacht, und es ist um so mehr eine unbestreitbare Pflicht der städtischen Verwaltung, ganz systematisch in dieser Richtung fortzufahren, als eine eventuelle Wasserleitung nur Nutzwasser zuführen wird und bei der geringen Aussicht auf Rentabilität nur bei sehr günstigen finanziellen Verhältnissen in's Werk gesetzt werden kann.

Auch einer andern wichtigen Aufgabe lassen Sie uns hier gedenken, die eine der ersten Sorgen der städtischen Verwaltung war, ohne daß ihre Lösung in 4 Jahren um Vieles weiter gediehen wäre, — ich meine die Verbesserung des im Argen liegenden Gefängnißwesens. Die Pläne zum Bau eines neuen Gebäudes für Polizeiverwaltung und Gefängniß sind seit Jahren fertig, — die Ausführung wird aufgehalten durch die Schwierigkeiten, die von Seiten des Domainenhofes bei der erforderlichen Ueberlassung eines unbedeutenden Kronsgrundstückes erhoben werden. Ein anderes Hinderniß besteht in der durch die Einführung der Friedensrichter-Institutionen bedingten Neugestaltung des Gefängnißwesens. Abgesehen von der hohen moralischen Verpflichtung, dem Unwesen auf diesem Gebiete ein Ende zu machen, dürfte der Umstand fördernd für diese Angelegenheit sein, daß die mit solchen Neubauten verbundenen Ausgaben einen nicht unbedeutenden Ersatz finden in der Verwerthung der im Rathhause bei dieser Gelegenheit disponibel werdenden Räumlichkeiten.

Möglichst bald in Angriff zu nehmen wäre auch das längst projectirte Schlachthaus, dessen Gründung schon im Prinzip beschlossen ist und dessen Anlagecapital ohne Zweifel sich gut rentiren würde.

Werfen wir einen Blick auf die Verwaltung der Stadtgüter, so finden wir dieselben nach Abschluß für die Stadt günstiger Contracte verarrendirt an

zuverlässige und erfahrene Landwirthe, was mehr werth ist, als allzu hoch geschraubte Verarrendirung ohne Garantie für die Persönlichkeit der Arrendatoren. Bei der neuen Verpachtung und durch Reorganisation des Forstwesens sind die jährlichen Einnahmen der Stadtgüter, ungerechnet die Erträge der Kalkbrüche, um 10,423 R. 46 R. erhöht worden, wobei nicht nur Reparaturen der Gebäude, sondern auch Neubauten contractlich von den Arrendatoren zu leisten sind und nicht mehr der Stadtcasse zur Last fallen. Höhere Erträge der städtischen Forsten können selbstverständlich erst längere Zeit nach der eben erst bewerkstelligten Einführung einer rationellen Forstwirtschaft erwartet werden. Zu erwähnen wäre hier noch des wichtigen Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung, das Bauerland der Stadtgüter zu verkaufen. So vortheilhaft und sicher die Anlage städtischen Vermögens im Grundbesitz auch erscheinen mochte, so überwogen bei jenem Beschlusse doch die humanen Rücksichten. Es wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein, nach einem die städtischen Interessen nicht schädigenden und doch billigen Modus jenen Beschluß in Ausführung zu bringen und die erlösten Capitalien wiederum in Grundbesitz anzulegen.

Die im vorigen Jahre getroffene Anordnung, betreffend die Stadtweide, ergibt schon in diesem Jahre einen doppelten Ertrag dieses Grundstückes, und nach Verlauf von 10 Jahren wird dasselbe, zu einem Heuschlag umgearbeitet, bedeutend höhere Erträge liefern.

Unter den Arbeiten der Stadtcassacommission möchte ich eine nicht unerwähnt lassen, die, an sich unscheinbar, einem geordneten Gemeinwesen unentbehrlich ist — ich meine die Einführung einer geordneten zweckmäßigen Buchhaltung. Unsere Buchhaltung war durch den Uebergang von der alten zur neuen Verwaltung und durch die Krankheit und den Tod des früheren bewährten Buchhalters in bedenkliche Schwankungen gerathen. Der Stadtcassa-Commission gereicht es zur Genugthuung, beim Abschluß dieser 4-jährigen Verwaltungsperiode nicht nur alle Irrungen zurechtgestellt zu sehen, sondern eine durchsichtige und unseren Verhältnissen gut angepasste Buchhaltung eingeführt zu haben.

Als einer für das Gemeinwesen in so vielen Beziehungen bedeutsamen Arbeit wäre noch der zum Schluß vorigen Jahres stattgehabten Volkszählung Erwähnung zu thun. Sie ist unter Leitung der städtischen Verwaltung mit Hinzuziehung von Personen, die in dankenswerther Weise das Werk zu fördern besonders geeignet waren, sowie durch die bereitwillige Beihülfe vieler verständiger und zuverlässiger Einwohner unserer Stadt dem Programme gemäß präcis durchgeführt worden, so daß die Zählung an einem Tage beendet und das gesammelte Material im vorigen Monat an die Central-Zählungscommission abgesandt werden konnte. Da das bei der Volkszählung in Dorpat gesammelte Material einer besonderen Bearbeitung unterzogen werden wird, so können wir hoffen, in nicht zu langer Zeit statistische Daten für Dorpat zu erhalten, die einem oft empfundenem Mangel abhelfen und eine auf mannigfachen Gebieten des städtischen Gemeinwesens schätzbare Verwerthung finden werden.

Gehen wir zum Stande unserer Finanzen über, so ist zunächst der neuen Taxation sämtlicher städtischen Immobilien zu erwähnen. Diese Arbeit erschien dringend nothwendig, um eine gerechtere und ausgiebigere Steuerbasis, als die durch die alte Taxation gebotene, zu erlangen. Selbstverständlich hat die neue Taxation an sich mit einer Erhöhung der Besteuerung nichts zu thun. Wir gelangen aber hier zu der Frage, ob die vielen im Interesse der Wohlfahrt der Stadt gemachten außergewöhnlichen Ausgaben, wie die erhöhten Beiträge zur Förderung des Schulwesens, die von 2000 R. auf 5000 R. jährlich gestiegen sind, die Verbesserung der Beleuchtung, die Anlage neuer Bollwerke und ausgedehnte Pflasterungen, deren Kosten nicht mehr auf die anwohnenden Hausbesitzer repartirt, sondern von der Stadtcassa getragen werden, die Erhöhung des Gehaltes aller früheren städtischen Beamten, resp. der Unterhalt der neuen städtischen Verwaltung, die bedeutende Erweiterung des Polizeietats, — ob alle diese Ausgaben mit Verminderung des städtischen Vermögens, resp. mit unverhältnißmäßiger Erhöhung der Steuern zu Wege gebracht worden sind. Ein Vergleich des Vermögensstandes der Stadt Dorpat zur Zeit des Beginnes der jetzigen Verwaltung mit dem des gegenwärtigen Zeitpunktes ist in sofern nicht leicht anzustellen, als ein Vermögens-Conto, wie es in letzter Zeit eingerichtet wurde, früher nicht geführt worden ist. Immerhin gelangen wir zu einer dem Zwecke genügenden Uebersicht, wenn wir das Saldo der Werthpapiere, Baarschaften und Restanzen vom Beginn des J. 1878 mit dem vom 1. Januar 1882 vergleichen und dabei veranschlagen, was an städtischen Immobilien während dieser 4 Jahre ab- und zugegangen ist. Von dem unverändert gebliebenen Grundbesitz der Stadt und dem gesteigerten Werth desselben ist bei dieser Zusammenstellung selbstverständlich abzusehen. Nach diesem Modus stellt sich folgende Rechnung heraus:

Activa.	1878.	Passiva.
In Documenten	95,050 R. — R.	Pensionsfonds 21,666 R. 73 R.
Cassenbestand	9,887 „ 19 „	
Restanzen	22,164 „ 88 „	
Werth des verkauften Stabs- hauses	15,200 „ — „	
Werth des dem Hilfsverein ver- kauften Grundstückes (Pet. Straße)	2,000 „ — „	
Capitalanzahlungen auf Jama- sche Parzellen	4,614 „ 10 „	
Erlös aus der Abholzung des Jamaischen Wäldchens . . .	4,500 „ — „	
Werth des verkauften Inventars der Stadtgüter	7,692 „ 99 „	
Summa	161,109 R. 16 R. 21,666 „ 73 „	Summa 21,666 R. 73 R.
Rest.	139,442 R. 43 R.	

Activa.	1882.	Passiva.
In Documenten	32,789 R. 50 R.	Pensionsfonds 24,837 R. 33 R.
Cassenbestand	6,168 „ 71 „	An städtischen Obliga- tionen 81,000 „ — „
Restanzen	25,987 „ 11 „	Restitrende Zollabga- ben für importirte Gegenstände bei der Casanstalt 22,000 „ — „
Casanstalt	200,000 „ — „	
Kasernenanbau	12,150 „ — „	
Vorrathsmagazin	4,000 „ — „	
Steigerthurm	3,680 „ 45 „	
Wirthschaftsgebäude am Sprikenhaus	936 „ — „	
Summa	285,711 R. 77 R. 127,837 „ 33 „	Summa 127,837 R. 33 R.
Bestand pro 1882	157,874 R. 44 R.	
„ „ 1878	139,442 „ 43 „	
Differenz	18,432 R. 1 R. zu Gunsten von 1882.	

Von dieser Summe sind jedoch in Abzug zu bringen, weil gegen den bisherigen Brauch zum Schluß vorigen Jahres, statt zu Anfang d. J. gebucht, an Tracteursteuer 7,673 R. Desgleichen die aus den laufenden Summen entnommenen, aber auf Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung durch eine Anleihe zu deckenden Ausgaben für den Kasernenbau, im Betrage von 10,650 „

Summa 18,323 R.

so daß die obige Differenz zu Gunsten von 1882 im Betrage von 18,432 R. 1 R. bis auf eine Summe von 109 R. 1 R., von welcher man füglich ab- sehen kann, ausgeglichen ist. In dieser Zusammenstellung wurde nicht berück- sichtigt der Zuwachs des städtischen Vermögens durch die, im Vermögens-Conto mit 15,000 R. veranschlagten neuen Budenhallen, da die Erwerbung derselben durch Ersparnisse der früheren Verwaltung ermöglicht worden ist. Ebenso wenig sind veranschlagt worden die Neubauten auf den Stadtgütern, da bei dem stetigen Verfall älterer Gebäude jene nur als Ergänzung zu einem gutem Be- stande der Baulichkeiten anzusehen sind.

Der Pensionsfonds ist in den letzten 4 Jahren von 21,666 R. 73 R. auf 24,837 R. 33 R. angewachsen, hat somit eine Vermehrung von 3,170 R. 60 R. aufzuweisen.

Die vor 2 Jahren gegründete Cassé, die aus contractmäßigen Zahlungen der Gesindespächter Sotaga's und Saddoküll's zur Versicherung ihrer Wohn- häuser gegen Feuergefahr gebildet wird, hat gegenwärtig einen Bestand von 877 R. 70 R. Wenn somit nachgewiesen ist, daß eine Verminderung des städtischen Vermögens nicht stattgefunden hat, so ist die nächste Frage, ob die im Verlaufe dieser 4 Jahre eingetretene bedeutende Erhöhung des Ausgabeetats durch eine unverhältnißmäßig erhöhte Besteuerung der Einwohner erzielt worden ist. Als Maßstab zur Vergleichung ist das Jahr 1878 wenig geeignet. Die Stadtverordneten-Versammlung übernahm das Budget gegen Ende April d. J.

schon fertig ausgearbeitet und modificirte es nicht wesentlich; 8,9 % wurden vom Revenüenwerth der Immobilien erhoben, ein Procentsatz, der nicht als Maßstab dienen kann und bedeutend höher sich gestellt hätte, wenn nicht eine disponible Summe von 14,690 R. 24 R. in die Einnahmen gestellt worden wäre. Jedenfalls wäre der Steuersatz nicht zurückgeblieben hinter dem Procentsatz bei der Besteuerung für 1879, der sich auf 10,85 % stellte, d. h. 9,57 % für die Polizeicasse und 1,28 % für die Quartiercasse, welche beide seit 1881 mit der Stadtcasse vereinigt worden sind. Wir werden nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, daß die Besteuerung der Immobilien zur Zeit der Einführung der neuen Städteordnung circa 10 % des Revenüenwerthes, somit das Maximum des gesetzlich gestatteten betrug. Zum Schluß 1879 war die neue Taxation des Revenüenwerthes der Immobilien vollendet. Der Revenüenwerth stieg von 231,438 R. 50 R. auf 506,885 R. 80 R., also mit Berücksichtigung der stetigen alljährigen Vermehrung der Immobilien nahebei um das Doppelte. Wenn nun in den Jahren 1880, 1881, 1882 durchgängig geringere Procentsätze von den Immobilien erhoben worden sind, so müssen wir den früheren Procentsatz, weil von einem um die Hälfte niedriger taxirten Revenüenwerth erhoben, bei einem Vergleich der Steuersätze, um die Hälfte, d. h. auf circa 5 % herabsetzen.

An der Hand dieses Maßstabes finden wir für 1880 keine namhafte Erhöhung, nämlich den Procentsatz von 5,35 %. 1881 dagegen ist der ursprüngliche Steuersatz von 6,52 % durch das Ergänzungsbudget, welches durch die vom Hochwasser verursachten Schäden unvermeidlich geworden war, auf die Höhe von 9 % gestiegen. Daß diese Höhe der Besteuerung eine Ausnahme darstellt, ergibt das Budget für 1882. Ohne die für die Wohlfahrt der Stadt nöthigen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben zu beschränken, insbesondere bei einer nicht unbedeutend erhöhten Ausgabe für Beleuchtung und Polizeipersonal, stellt sich der diesjährige Procentsatz für Besteuerung der Immobilien auf 7,5 %, d. h., wenn man in Betracht zieht, daß $\frac{1}{3}$ der durch Besteuerung aufzubringenden Summen nicht mehr von Handel und Gewerbe erhoben wird, sondern, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, zu den von den Immobilienbesitzern zu erhebenden $\frac{2}{3}$ hinzugeschlagen werden mußte, so ergibt sich, daß diese Besteuerung von 7,5 % nach dem früheren Modus auf 5 % zu reduciren wäre, und daß die städtische Casse nicht mehr einnimmt, als bei einer Besteuerung von 5 % zu der Zeit, als Handel und Gewerbe $\frac{1}{3}$ beisteuerten. Der ausnahmsweise hohe Steuersatz des vorigen Jahres von 9 % wird nach einer solchen Reduction auf 6 % herabzusetzen sein, so daß die Differenzen der Besteuerung während dieser letzten 4 Jahre nur zwischen 5—6 % sich bewegen. Die Steuererhebung wäre also, billiger Weise von diesem Gesichtspunct betrachtet, zum Schluß der 4-jährigen Verwaltungsperiode keine höhere, als die überkommene, — ein Gesichtspunct, der die Immobilienbesitzer wohl zum Verständniß der Sachlage, aber schwerlich zur Zufriedenheit mit derselben bringen wird.

Provisorische Geschäfts-Ordnung für die Stadtverordneten-Versammlungen zu Dorpat.

Beschlüsse der St.-V.-V. vom 5. April 1878 und 9. October 1878.

Außer den in den Art. 56 bis 68 der Städteordnung enthaltenen Vorschriften, gelten für die Geschäftsordnung der Stadtverordneten Versammlungen in Dorpat die folgenden provisorischen Bestimmungen:

§ 1. Die Stadtverordneten werden vom Stadthaupt zusammenberufen und zwar durch ein jedem Stadtverordneten zuzustellendes Einladungsbillet. In dem letzteren sind die zur Verhandlung bestimmten Gegenstände kurz namhaft zu machen.

§ 2. Das Protocoll der Sitzungen wird vom Stadt-Secretair und, wenn er verhindert ist, von einer andern Person nach Bestimmung der Versammlung geführt. Es muß enthalten: a) Ortsangabe und Datum, die Angabe, wer den Vorsitz geführt hat und welche Stadtverordnete in der Versammlung gegenwärtig gewesen sind; b) die Bezeichnung der Verhandlungsgegenstände, sowie der erstatteten Berichte und Gutachten; c) die etwa gestellten Anträge und die gefaßten Beschlüsse in wörtlicher Anführung; d) die amtlichen Anzeigen des Stadthauptes, der Glieder des Stadtamtes und der Glieder der Commissionen; e) die vom Vorsitzer zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Maßregeln; f) die vorgekommenen Stimmenthaltungen; g) die abweichenden Abstimmungen der Mitglieder, falls dieselben vorschristmäßig zum Protocoll gegeben worden (§ 10).

Das Protocoll ist schon am nächstfolgenden Tage von 12 Uhr Mittags ab in der Canzlei zur Einsichtnahme für die Stadtverordneten auszulegen.

Zu Beginn jeder Sitzung wird das Protocoll der vorhergehenden Sitzung verlesen. Erfolgt kein Einspruch dagegen, so gilt es als genehmigt. Werden Einwendungen gegen das Protocoll erhoben, so entscheidet nöthigenfalls die Versammlung über deren Begründung. Das von der Versammlung genehmigte Protocoll wird von derjenigen oder denjenigen Personen unterzeichnet, welche in der betreffenden Sitzung den Vorsitz geführt haben, sowie vom Protocollführer contrasignirt. Nach vollzogener Unterschrift kann dasselbe weder angefochten, noch verändert werden.

In Fällen der Dringlichkeit kann das Protocoll auf Beschluß der Versammlung in continenti entworfen, verlesen und genehmigt werden.

§ 3. Kein Mitglied der Versammlung darf sprechen, ohne vorher das Wort verlangt zu haben. Die Redner sprechen stehend.

Der Vorsitzer selbst kann zu jeder Zeit das Wort ergreifen.

Alle mündlichen Erörterungen der Mitglieder in der Versammlung werden an die Person des Präsidenten gerichtet.

Sofortige Zulassung zum Wort können nur diejenigen Stadtverordneten verlangen, welche zur Geschäftsordnung oder zur thatsächlichen Berichtigung

sprechen wollen. Persönliche Bemerkungen sind erst nach dem Schluß der betreffenden Verhandlung gestattet.

Diesenjenigen, welche selbstständige Anträge gestellt haben, desgleichen Berichterstatter, erhalten, wenn sie es verlangen, das Wort sowohl am Beginn, wie zum Schluß der Verhandlung.

§ 4. Alle Anträge, selbstständige sowohl, wie Amendements müssen, wenn sie außerhalb der Versammlung erfolgen, schriftlich eingereicht, wenn sie in der Versammlung selbst gestellt werden, entweder dem Vorsitzenden schriftlich übergeben oder dem Protocollführer mündlich dictirt werden.

Anträge, welche der Antragsteller selbst zurückzieht, können von einem anderen Stadtverordneten sogleich wieder aufgenommen werden.

Zusatz. Wünscht ein Stadtverordneter in Angelegenheiten der Stadt, des Stadtraths oder des Stadthauptes in der Versammlung zu interpelliren, so hat derselbe solche Interpellation schriftlich oder mündlich bei dem Stadthaupt einzureichen, resp. anzumelden. Die bezügliche Frage gelangt jedoch nur dann in der nächst stattfindenden Versammlung zur Discussion, wenn die Anzeige bis spätestens um 10 Uhr des Sitzungstages bei dem Stadthaupt eingegangen war.

§ 5. Abänderungsvorschläge (Amendements) oder Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung, einfache, wie motivirte, können zu jeder Zeit vor dem Schluß der Verhandlungen über den betreffenden Gegenstand gestellt werden, müssen jedoch mit der Hauptfrage in wesentlicher Verbindung stehen. Die Frage, ob ein Abänderungsvorschlag mit der in Verhandlung stehenden Hauptsache in wesentlicher Verbindung steht, entscheidet der Vorsitzende.

Ueber Anträge der Staatsregierung, des Stadthauptes und des Stadtrathes kann nicht zur Tagesordnung übergegangen werden.

Im Laufe derselben Verhandlung darf der einmal verworfene Antrag auf Tagesordnung nicht wiederholt werden.

§ 6. Anträge auf Vertagung des in Verhandlung befindlichen Gegenstandes können zu jeder Zeit vor Schluß der Verhandlungen über denselben gestellt werden und mit einem solchen Antrage kann der Vorschlag, die Verhandlung an einem bestimmten Sitzungstage fortzusetzen, verbunden werden.

§ 7. Der Schluß der Verhandlung erfolgt durch den Vorsitzenden, wenn sich kein Redner meldet, oder auf Beschluß der Versammlung.

Der Antrag auf Schluß einer Verhandlung oder auf die Vertagung der Sitzung bedarf der Unterstützung von sechs Mitgliedern. Wenn solche erfolgt, so wird demnächst ohne Discussion über den Antrag abgestimmt.

§ 8. Nach geschlossener Verhandlung stellt der Vorsitzende die Fragen; über die Stellung und Reihenfolge derselben kann das Wort begehrt werden, jedoch entscheidet in dieser Hinsicht definitiv der Vorsitzende. Sind mehrere Fragen vorhanden, so hat der Vorsitzende solche sämmtlich der Reihenfolge nach vorzulegen. Die Fragen sind so zu stellen, daß sie einfach durch Ja oder Nein beantwortet werden können. Die Theilung der Frage kann jeder einzelne verlangen. Wenn

über deren Zulässigkeit Zweifel entstehen, so entscheidet auch hier der Vorsitzende allenthalben.

Unmittelbar vor der Abstimmung ist die Frage zu verlesen.

§ 9. Die Abstimmung geschieht durch Aufstehen resp. Sitzbleiben. Ist das Ergebniß nach Ansicht des Vorsitzenden zweifelhaft, so wird die Gegenprobe gemacht. Liefert auch diese noch kein sicheres Ergebniß, so erfolgt namentliche Abstimmung mit Ja resp. Nein.

Beantragen 6 Stadtverordnete geheime Abstimmung, so ist dem Antrage zu entsprechen. Der Antrag auf geheime Abstimmung muß jedoch vor stattgehabter offener Stimmabgabe gestellt worden sein.

§ 10. Bei allen Abstimmungen hat jedes Mitglied das Recht, bis zu erfolgter Genehmigung des Protocolls seine von dem Beschlusse der Mehrheit abweichende Abstimmung kurz motivirt schriftlich dem Vorsitzenden zu übergeben und die Verlesung derselben in der Versammlung, sowie die Aufnahme in das Sitzungsprotocoll zu verlangen.

§ 11. Das Stadthaupt, die Glieder des Stadtrathes, das das Stadthaupt zeitweilig vertretende Glied des Stadtrathes, die Stellvertreter der Glieder des Stadtrathes und der Secretair, sowie alle sonst etwa zu erwählenden Einzelbeamten werden durch geheime Abstimmung mittelst Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit und zwar jeder in einem besondern Wahlgange gewählt.

Wird die absolute Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so werden diejenigen drei Personen, auf welche die meisten Stimmen gefallen waren, auf eine engere Wahl gebracht. Wird auch hierdurch die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so findet unter denjenigen zwei Personen, welche bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten hatten, eine engere Wahl statt. Tritt in dieser letzteren Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Vorsitzenden gezogen wird. Bei Ausmittelung derjenigen Candidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf die engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmengleichheit ebenfalls das Loos.

§ 12. Die Wahlen der Mitglieder der vom Gesetz vorgesehenen oder von der Versammlung beschlossenen Commissionen, desgleichen der Handelsdeputation finden für jede Commission in gemeinschaftlichem Wahlgange statt. Als zu Commissionsgliedern gewählt, werden diejenigen angesehen, welche beim ersten Wahlgange die meisten Stimmen und zugleich mehr als die Hälfte der überhaupt abgegebenen Stimmen erhalten haben. Falls die Zahl der auf diese Weise gewählten Glieder geringer ist, als die der zu wählenden, so wird zur Wahl der fehlenden aus den Personen, welche nächst den gewählten die meisten Stimmen hatten, vom Präsidenten eine Liste von höchstens doppelt so viel Candidaten angefertigt, als noch Glieder zu wählen sind und sodann eine neue Abstimmung nur über diese Personen bewerkstelligt, von denen dann diejenigen als gewählt zu betrachten sind, welche bei letzterer Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, wenngleich deren Zahl die Hälfte aller abgegebenen

Stimmen nicht erreichen sollte. Tritt Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Loos, welches durch die Hand des Vorsitzers gezogen wird. Für die in Rede stehenden Commissionen können Candidaten in Vorschlag gebracht werden.

§ 13. Bei der Abstimmung sowohl, wie bei den Wahlen kann jeder Stadtverordnete sich beliebig seiner Stimme enthalten, hat aber darüber, daß es geschehen, dem Vorsitzer Anzeige zu machen.

Unausgefüllt eingereichte Stimmzettel bleiben in jedem Falle unberücksichtigt.

Instruction für die Behörden der Stadtverwaltung Dorpat.

Städteordnung Art. 76. Beschluß der St.-V.-B. v. 16. März 1879.

Abchnitt I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die unmittelbare Leitung der auf den städtischen Haushalt und die Communalverwaltung bezüglichen Angelegenheiten, auf Grundlage der Städteordnung für die baltischen Provinzen vom Jahre 1877 und der von der Stadtverordneten-Versammlung ordnungsmäßig festgesetzten Regeln, ist dem Stadttamt mit seinem Präses, dem Stadthaupt, übertragen. Das Stadttamt übt seine Thätigkeit aus mit Hülfe der unter seiner Leitung stehenden Verwaltungsorgane, der Executiv-Commissionen (St.-D. Art. 72, 73 und 74).

§ 2. Die Executiv-Commissionen erstrecken ihre Wirksamkeit innerhalb eines sachlich abgegränzten Geschäftsgebiets auf den ganzen communalen Verwaltungsbezirk. Ein Theil dieser Commissionen übt eine fortlaufende Executive, der andere hat eine wesentlich vorberatende und vorbereitende Thätigkeit zu üben (St.-D. Art. 73).

Zu den Executiv-Commissionen gehören:

Die Stadtcassacommission; die Bau- und Wege-Commission; die Handels-revisionscommission; die Quartiercommission; die Armen- und Sielen-Commission; die Gefängnißcommission; die Commission für das Feuerlöschwesen; die Sanitäts-Commission; die Commission zur Schätzung neu- und umgebafter Immobilien.

§ 3. Die Glieder des Stadttamts (Stadträthe) und der Executiv-Commissionen werden von der Stadtverordneten-Versammlung auf 4 Jahre gewählt. Von denselben scheidet alle 2 Jahre oder so oft die Wahlberechtigung der Betreffenden erloschen ist, die Hälfte der Glieder aus; das erste Mal nach der Organisation durch das Loos, nachmals immer nach Ablauf der vierjährigen Dienstzeit. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden. (St.-D. Art. 82 und 94).

§ 4. Die Stadträthe erhalten eine feste Gage, wie sie für ihre Dienstzeit normirt ist (St.-D. Art. 55 Punkt 2). Die Stellvertreter der Stadträthe (St.-D. 84) beziehen keinen festen Gehalt, wohl aber, wenn sie länger als auf einen Monat die Stellvertretung ausüben, Entschädigungsgelder, die bei einer

fortlaufenden Vertretung bis zu 3 Monaten — dem halben Gehalt und über 3 Monate hinaus dem ganzen Gehalt des Vertretenen gleichkommen. Die Entschädigungsgelder werden aus der Stadtkasse gezahlt und nur in dem Falle vom Gehalt des Vertretenen in Abzug gebracht, wenn die Stellvertretung durch von ihm abhängige Umstände bedingt ist oder wenn sie länger als 6 Monate andauert. Diese Bestimmungen beziehen sich nicht auf das Stadthaupt, für welches die Stellvertretung in anderer Weise geregelt ist (§ 16). Das Amt eines Gliedes einer Executiv-Commission ist ein unbefoldees Ehrenamt.

§ 5. Die Vertheilung der Geschäfte im Einzelnen unter die Glieder der collegialisch organisirten Verwaltungsstellen bleibt diesen selbst vorbehalten. — Der Pflichtenkreis der Beamten wird, sofern er nicht durch die Städteordnung und dieses Reglement festgestellt ist, durch besondere, vom Stadttamt zusammen-gestellte und von der Stadtverordneten-Versammlung bestätigte Instructionen bestimmt. (St.-D. Art. 76.)

§ 6. Sämmtliche Verwaltungsorgane haben alljährlich zur Zusammenstellung des Stadtbudget ihre speciellen Ausgabebedürfnisse und die in ihrem Geschäftsgebiet zu erwartenden städtischen Einnahmen aufzugeben, sowie zur Anfertigung des der Stadtverordneten-Versammlung alljährlich vorzulegenden allgemeinen Rechenschaftsberichts die erforderlichen Auskünfte zu erstatten.

§ 7. Die Executiv-Commissionen stehen unter dem Stadttamt und haben den Anordnungen desselben Folge zu leisten. Beschwerden über dieselben sind beim Stadttamt anzubringen (St.-D. Art. 74).

§ 8. In den Executiv-Commissionen führt ein von dem Stadttamt zu ernennendes Glied desselben den Vorsitz (St.-D. Art. 75), vermittelt den Verkehr mit dem Stadttamt und übt die unmittelbare Controle über die der Commission zugewiesene Geschäftsthätigkeit aus. Die übrigen Glieder werden aus den Stadtverordneten oder überhaupt aus den wahlberechtigten Personen gewählt. (St.-D. Art. 86). Die Zahl jener Glieder kann zu jeder Zeit durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung nach Bedürfniß vermehrt oder vermindert werden.

§ 9. Die Executiv-Commissionen erhalten ihre Verbindung mit dem Stadttamt durch mündliche oder schriftliche Mittheilungen ihrer Vorstände und können aus eigener Anregung oder auf Antrag des Stadttamts oder des Stadthaupts zu gemeinsamen Berathungen zusammentreten.

Alle Vorlagen derselben (Anträge, Berichte u.), welche an die Stadtverordneten-Versammlung oder an höhere Autoritäten und Behörden (Gouverneur, Gouvernements-Regierung u. s. w.) gelangen sollen, sind zunächst an das Stadttamt zu richten, das sie, wenn erforderlich mit seinem Gutachten versehen, an jene Instanzen weiter befördert.

§ 10. Von der betreffenden Executiv-Commission gelangen zur weiteren Beprüfung an das Stadttamt: a) Angelegenheiten, deren Handhabung dem Präses allein zustand und welche von diesem dem Stadttamt vorgelegt worden; b) Angelegenheiten, deren Regelung dem Plenum der Commission zustand, auf

Beschluß dieser letzteren; c) Angelegenheiten, bei denen innerhalb der Commission keine Einigung erzielt worden ist und die Minorität sich veranlaßt sieht, unter schriftlicher Eingabe ihres Protestes gegen den Majoritätsbeschluß um eine Entscheidung der Sache durch das Stadttamt nachzusuchen; d) Entwürfe, welche sich auf Erlasse beziehen, die für die Einwohner der Stadt von allgemeiner Bedeutung sind; e) Verfügungen, gegen welche Beschwerde geführt wird.

Abchnitt II. Competenzen und Obliegenheiten des Stadthauptes, als Präses des Stadttamtes.

§ 11. Das Stadthaupt hat den Geschäftsgang des Stadttamtes zu leiten, die Sitzungen vorzubereiten und die Beschlüsse desselben in Ausführung zu bringen, beziehungsweise die Ausführung zu überwachen. Erachtet das Stadthaupt einen Beschluß des Stadttamtes für gesetzwidrig, so inhibirt es die Ausführung desselben, ist aber verpflichtet ungehäumt dem Gouverneur darüber zu berichten. (St.-D. Art. 77).

§ 12. In außerordentlichen und keinen Aufschub leidenden Fällen ist das Stadthaupt befugt, die nach dem regelmäßigen Geschäftsgange dem Stadttamt zustehenden Maßnahmen von sich aus zu ergreifen, hat aber das Stadttamt in dessen nächster Sitzung davon in Kenntniß zu setzen (St.-D. Art. 78).

§ 13. Das Stadthaupt hat auf eine sachgemäße, möglichst rasche Erledigung der Verwaltungsgeschäfte bei allen Organen der Communalverwaltung hinzuwirken, die zur Handhabung der Verwaltung erforderlichen Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung rechtzeitig herbeizuführen und Sorge zu tragen für rechtzeitige Vollziehung der obliegenden Wahlen und der zu bestimmtem Termin wiederkehrenden Verwaltungsgeschäfte, wie der Kanzlei- und Revisionen, der Rechenschaftsberichte, der Budgetentwürfe u. s. w.

§ 14. Das Stadthaupt, das mit Ausnahme der Stadtcassacommission, in welcher es den Vorsitz führt, in keiner der andern ständigen Commissionen Mitglied ist, hat deren Geschäftsthätigkeit zu überwachen und kann zu dem Zweck zu jeder Zeit Einblick in deren Geschäftsgang verlangen. Es kann an ihren Sitzungen mit beratender Stimme Theil nehmen, in solchem Falle die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände bestimmen und sein vom Majoritätsbeschluß abweichendes Votum zu Protocoll beschreiben lassen. Beschlüsse, die es für rechtswidrig hält, ist das Stadthaupt befugt, von sich aus bis zur nächsten Sitzung des Stadttamtes zu inhibiren (St.-D. Art. 77). Das Stadthaupt kann außerordentliche und combinirte Sitzungen der Executiv-Commissionen anordnen.

§ 15. Die Beamten der Stadt-Communalverwaltung bedürfen zu ihrer Entfernung aus der Stadt der Genehmigung des Stadthauptes. (St.-D. Art. 101). Ihm liegt ob die Stellvertretung anzunehmen und für den unge störten Fortgang der Geschäfte zu sorgen.

§ 16. Ist das Stadthaupt an der Erfüllung seiner Obliegenheiten gehindert oder hat dasselbe temporär die Stadt verlassen, so übernimmt dessen

Functionen das für diesen Fall von den Stadtverordneten designirte und vom Gouverneur als Stellvertreter bestätigte Mitglied des Stadttamtes (St.-D. Art. 83).

Abchnitt III. Das Stadttamt.

A. Bestand und Competenzen des Stadttamtes.

§ 17. Das Stadttamt besteht aus dem Stadthaupt und 4 Mitgliedern des Stadttamtes (Stadträthen), von denen eines durch die Wahl der Stadtverordneten-Versammlung und Bestätigung von Seiten des Gouverneurs zur zeitweiligen Vertretung des Stadthauptes designirt ist. (St.-D. Art. 83). Die Schriftführung beim Stadttamt und die directe Leitung der Kanzlei ist dem Stadtschreiber übertragen.

§ 18. Den Vorsitz im Stadttamt führt das Stadthaupt oder, falls dieses sein Amt zu verwalten zeitweilig außer Stande ist, der in § 17 erwähnte Stellvertreter. Wenn auch letzterer nicht eintreten kann, so tritt für ihn ein Mitglied des Stadttamtes ein nach Wahl dieses letzteren.

§ 19. Zum Wirkungskreise des Stadttamtes gehören im Allgemeinen alle durch die Städteordnung oder in Grundlage derselben von der Stadtverordneten-Versammlung ihm zugewiesenen Competenzen und Functionen. Das Stadttamt hat in allen die Communalverwaltung betreffenden Angelegenheiten die Beschlussfassung vorzubereiten, Gutachten zu erstatten, Anträge und Vorlagen auszuarbeiten, letzteres namentlich auch in Beziehung auf Lücken in der Organisation der Verwaltung und für den Erlass ortspolizeilicher Verordnungen (St.-D. Art. 103 f. f.); Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung, sofern es dieselben nicht gemäß Art. 79 und 80 der Städteordnung beanstandet, auszuführen oder durch die ihm untergeordneten Executiv-Commissionen und Beamten ausführen zu lassen.

§ 20. Das Stadttamt hat die den einzelnen Verwaltungsorganen zugewiesenen Geschäftsgebiete stetig im Auge zu behalten, den Geschäftsgang derselben durch von der Stadtverordneten-Versammlung zu bestätigende Instructionen zu regeln und mindestens einmal jährlich zu revidiren; alle daselbst sich erhebenden Zweifel principieller Natur zu erledigen; Beschwerden, die über Verfügungen der Executiv-Commissionen und ihre Beamten geführt werden, zu entscheiden.

§ 21. Das Stadttamt hat sowohl seine eigenen, wie auch auf Vorschlag der Executiv-Commissionen deren Beamten und Dienstkräfte anzustellen, unter Einhaltung des von der Stadtverordneten-Versammlung bestätigten Sagenetats die Dienstcontracte mit ihnen zu schließen (St.-D. Art. 79.), sie in Eid und Pflicht zu nehmen, ihnen Dienstinstructionen zu ertheilen, und die Disciplinargewalt über sie zu üben. Die Vereinigung mehrerer Kanzlei- oder sonstiger Aemter in einer Person ist nicht ausgeschlossen.

§ 22. Das Stadttamt hat mit Hilfe der Executiv-Commissionen alle Zweige der städtischen Wirtschaft- und Wohlfahrtspflege zu verwalten, für möglichst Vermehrung der Einnahmen, für Sparsamkeit in den Ausgaben, für

Conserbierung und Wertherhöhung der städtischen Vermögensobjecte, für Erhaltung, Erhöhung und rationelle Ausnutzung der communalen Steuerkraft Sorge zu tragen.

§ 23. Das Stadttamt hat, nachdem es das Material von allen städtischen Verwaltungsstellen eingeholt hat, unter Beihilfe der Stadtcassa-Commission das Jahresbudget der städtischen Einnahmen und Ausgaben zusammenzustellen und alljährlich am 1. Nov. der Stadtverordneten-Versammlung zur Bestätigung vorzulegen (St.-D. Art. 72 und 141.). Es hat für die Einhaltung des städtischen Budgets Sorge zu tragen und bei unvorhergesehenen Einnahmeausfällen oder Ausgabebedürfnissen erforderlichenfalls der Stadtverordneten-Versammlung ein Ergänzungsbudget vorzustellen, sofern die Ausfälle resp. die Mehrausgabebedürfnisse nicht aus den Ueberschüssen der Budget-Veranschlagungen, mit Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung, bestritten werden können. (St.-D. Art. 144.)

§ 24. Das Stadttamt hat für die Ausführung der budgetmäßig oder durch besondere Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung angeordneten communalen wirtschaftlichen Operationen Sorge zu tragen. Es hat mit Hilfe der bezüglichen Executiv-Commissionen die städtischen Güter, Grundplätze, Gebäude, Anlagen, Rugungen und Berechtigungen durch öffentlichen Ausbot in Pacht oder Grundzins zu vergeben oder sonst nutzbar zu machen. Die auf Beschluß der St.-V.-B. für Rechnung der Stadt herzustellenden Bauten und Anlagen werden entweder im öffentlichen Ausbot vom Stadttamt vergeben oder auf ökonomischem Wege durch eine Executiv-Commission im Auftrag des Stadttamts ausgeführt. (St.-D. Art. 142.) An den Ausbotsverhandlungen des Stadttamts nehmen Theil bei Vergabung städtischer Vermögensobjecte die Glieder der Stadtcassa-Commission, bei Vergabung von Bauten und Anlagen die Glieder der Bau- und Wege-Commission.

§ 25. Das Stadttamt hat innerhalb der gesetzlichen Grenzen und der von der Stadtverordneten-Versammlung erteilten Ermächtigung vermögensrechtliche Verträge für die Stadt zu schließen und das vermögensrechtliche Interesse derselben wahrzunehmen, namentlich auch in Civilprozessen, zu deren Führung es einen Specialbevollmächtigten, wo möglich ein Glied des Stadttamts, anstellt.

§ 26. Das Stadttamt hat alle Competenzen und Functionen unmittelbar auszuüben, in sofern solche nicht einem besonderen Verwaltungsorgan zugewiesen sind. Dahin gehören unter Anderem: a) das Führen der Wählerlisten und die sonstigen Maßnahmen für die Wahlen der Stadtverordneten; (St.-D. Art. 26); b) die Beaussichtigung von Wohlthätigkeitsanstalten und seiner Fürsorge anvertrauten Stiftungen; c) die Aufsicht über öffentliche Verkehrsmittel; d) das Prästendenwesen und die Vertretung des städtischen Interesses in Prästenden-sachen; (Beilage zum Art. 2 der St.-D. Art. 5, c.) e) die Ertheilung von Pässen an Einwohner nicht steuerpflichtigen Standes (Regeln Art. 21); f) die Ausübung der Predigerwahl auf Grund des den Stadtgütern zustehenden Patronatsrechts und die Vertretung der Stadtgüter auf den Kirchen- und Kirch-

spielsconventen; g) die Entsendung von Gliedern in außercommunale Institutionen, soweit solches nicht der Stadtverordneten-Versammlung vorbehalten ist.

§ 27. Das Stadttamt hat über seine Thätigkeit und die der Executiv-Commissionen, sowie über den Zustand der einzelnen Verwaltungszweige alljährlich zum 1. April der Stadtverordneten-Versammlung einen Bericht abzustatten.

B. Geschäftsordnung des Stadttamts.

§ 28. Das Stadttamt verhandelt die ihm zugewiesenen Geschäfte in ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen. — Die ersteren finden regelmäßig an mindestens 2 Tagen der Woche statt, die vom Stadttamt festzusetzen und mit Angabe der Anfangsstunde zu veröffentlichen sind. Für die Sommerferien kann die Zahl der Sitzungen auf eine für die Woche herabgesetzt werden. — Die außerordentlichen Sitzungen werden nach dem Ermessen des Vorsitzenden oder auf Antrag zweier Glieder des Stadttamts anberaumt.

§ 29. Jedes Glied des Stadttamts ist verpflichtet, wenn es zu einer Sitzung nicht erscheinen kann, solches rechtzeitig dem Vorsitzenden anzuzeigen, damit die Beschlussfähigkeit der Sitzung durch Einladung des Stellvertreters gesichert werden kann. — Das Stadttamt ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Glieder anwesend sind.

§ 30. Die Sitzungen des Stadttamts eröffnet, leitet und schließt der Vorsitzende. Er erteilt das Wort, verhütet Abschweifungen, führt die Abstimmung herbei und stellt das Ergebniss derselben fest. Die Stimmenmehrheit der anwesenden Glieder ist entscheidend, bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Nur in den durch Art. 79 und 80 der Städteordnung vorgesehenen Fällen ist zur Beschlussfassung die Majorität aller, nicht bloß der anwesenden Glieder des Stadttamtes erforderlich. — Geheime schriftliche Stimmenabgabe findet nur bei den von dem Stadttamt zu vollziehenden Wahlen statt, so bald ein Glied sie beantragt. — Jedes Glied des Stadttamts, auch der Stadtsecretaire, kann sein vom Majoritätsbeschluss abweichendes Votum zu Protokoll verschreiben lassen.

§ 31. Bei der Verhandlung und Abstimmung über Gegenstände, die das Privatinteresse eines Stadttamtsgliedes berühren, hat dasselbe die Sitzung zu verlassen. Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf den Secretaire.

Bei Verhandlung von Beschwerden über das Verfahren einer Executiv-Commission ist der Präses derselben zwar anwesend zur Ertheilung von Auskünften, hat jedoch vor der Beschlussfassung und Abstimmung die Sitzung zu verlassen.

§ 32. Der Vortrag in der Sitzung ist Sache des Präses, sofern er nicht dem Secretairen oder einem Gliede des Stadttamts denselben überträgt. Bei Anträgen und Berichten der Executiv-Commissionen haben die den Vorsitz in denselben führenden Glieder des Stadttamts den Vortrag. Bei besonders wichtigen Verhandlungsgegenständen, namentlich wenn sie eingehender Vorarbeiten

oder technischer Bearbeitung bedürfen, ernennt das Stadttamt Specialreferenten aus seiner Mitte oder es zieht Techniker oder sonstige Sachverständige zu seinen Sitzungen heran. — Der Stadtbauarchitect, der Stadtrevisor, der Stadtschreiber und der Inspector der Stadtgüter, der Stadtarzt sind dem Stadttamt zur Erstattung von Auskünften und zur Berathung beigegeben. Diese Beamten werden vom Stadttamt gewählt und angestellt (Regeln Art. 14), der Stadtarzt von dem Stadttamt und von den Gliedern der Sanitätscommission in gemeinsamer Sitzung.

§ 33. In allen Fragen, die das Geschäftsgebiet der Executiv-Commissionen berühren und nicht etwa von diesen selbst zur Verhandlung gebracht worden sind, desgleichen bei Beschwerden über jene Verwaltungen und deren Beamte, hat das Stadttamt vor der Beschlussfassung die Äußerung derselben einzuholen.

§ 34. Das Protocoll der Sitzungen wird vom Stadtschreiber oder, wenn er verhindert ist, von einer andern Person nach Bestimmung des Stadttamts geführt. Es muß enthalten: a) Ortsangabe und Datum, die Angabe, wer den Vorsitz geführt und welche Glieder des Stadttamts gegenwärtig gewesen sind; b) die Bezeichnung der Verhandlungsgegenstände, so wie der erstatteten Berichte und Gutachten; c) die etwa gestellten Anträge und die gefaßten Beschlüsse; d) auf besondern Antrag die abweichenden Minoritätsvota oder abweichenden Abstimmungen einzelner Glieder.

Das Protocoll wird auf der nächsten Sitzung des Stadttamts vorgelegt und vom Vorsitzenden und Schreiber unterzeichnet. Abänderungen und Berichtigungen können vor der Unterzeichnung von den Gliedern, die an der Verhandlung Theil genommen haben, beschlossen werden. Bis zur Unterzeichnung des Protocolls können abweichende Vota schriftlich motivirt dem Vorsitzenden übergeben und nach Verlesung in das Protocoll aufgenommen werden.

§ 35. Alle an das Stadttamt, das Stadthaupt und die Stadtverordneten-Versammlung gerichteten Schreiben werden vom Stadthaupt eröffnet und vom Stadtschreiber in das Tischregister eingetragen. Die Verfügungen werden vom Stadthaupt im Tischregister vermerkt und vom Schreiber auf dem Schreiben notirt. — Die ausgehenden Schreiben werden vom Stadthaupt, in seiner Abwesenheit von seinem Stellvertreter, unterzeichnet und vom Stadtschreiber gegengezeichnet.

§ 36. Der schriftliche Verkehr des Stadttamts mit den ihm untergebenen Verwaltungsstellen findet vorzugsweise durch Protocoll-Abschriften oder Auszüge statt oder durch Aufschriften, die der Schreiber auf den eingegangenen Schreiben gemäß den Tischregisterverfügungen macht. Auch mündlicher Verkehr durch Vermittelung des Stadthaupts und der anderen Glieder des Stadttamts ist zulässig. — Entscheidungen auf Gesuche und Beschwerden von Privatpersonen werden vorzugsweise in Form von Protocollverfügungen getroffen, die den Beteiligten mündlich oder durch Protocollabschrift oder durch Resolution eröffnet werden.

C. Kanzleiordnung des Stadttamts.

§ 37. Zur Beforgung der Kanzleigeschäfte sind beim Stadttamt außer dem Stadtschreiber angestellt: der Cassirer, der Buchhalter, vier Kanzlisten, für die niederen Dienstleistungen zwei Amtsboten.

Die Beamten und Dienstleute des Stadttamts haben zugleich die Kanzleigeschäfte und Dienstleistungen für das Stadthaupt und die Stadtverordneten-Versammlung zu besorgen und werden auch nach besonderer Anordnung, so weit erforderlich und thunlich, den Vorsitzenden der Executiv-Commissionen zur Verfügung gestellt. — Das Archiv der genannten Verwaltungsorgane ist ein gemeinschaftliches und ungetrenntes.

§ 38. Zur Ordnung und Controle des Geschäftsganges werden in der Kanzlei des Stadttamts folgende Bücher geführt: 1) Journal des Stadttamts, 2) Tischregister, 3) Expeditionsbuch, 4) Archivregister. — Außerdem werden die erforderlichen Schnur- und Cassa-Bücher geführt (c. § 50 der Cassaordnung).

§ 39. Dem Stadttamt ist anheimgestellt außer den angeführten noch andere Bücher und Register nach Bedürfnis einzurichten und führen zu lassen.

§ 40. Dem Stadtschreiber liegt es ob: a) das Protocoll in der Stadtverordneten-Versammlung, dem Stadttamt und nach Erforderniß auch in den Executiv-Commissionen zu führen; b) den Vortrag der eingegangenen Schriftstücke vorzubereiten; c) die schriftlichen Ausfertigungen, Aktenreferate, Druckschriften u. sowohl für das Stadttamt als für das Stadthaupt und die Stadtverordneten-Versammlung zu entwerfen, soweit solches nicht Gliedern des Stadttamts resp. der Stadtverordneten-Versammlung übertragen wird; d) den Fortgang der anhängigen Verhandlungen nach dem Tischregister zu controliren; e) die Aufbereitung der Reinschriften und die Expedition der Ausfertigungen zu beaufsichtigen, die Concepte zu ordnen und zu den Acten zu geben; f) die Zusammenstellung und Registrirung der Acten zu beaufsichtigen, sowie das ganze Archiv in Ordnung zu halten; g) die unmittelbare Aufsicht über die übrigen Kanzlei-Beamten des Stadttamts zu führen; h) an den alljährlichen Handels- und Gewerbe Revisionen Theil zu nehmen.

§ 41. Der Cassirer und der Buchhalter haben die ihnen nach der Cassenordnung des Stadttamts zufallenden Obliegenheiten zu erfüllen und dem Stadtschreiber bei der Ordnung des Archivs behülflich zu sein, resp. in seiner Abwesenheit ihn zu vertreten.

§ 42. Die Kanzlisten haben alle Reinschriften für das Stadttamt, das Stadthaupt, die Stadtverordneten-Versammlung, die Executiv-Commissionen und Vorberathungs-Commissionen anzufertigen.

§ 43. Das Stadttamt ist berechtigt, innerhalb der durch diese Kanzleiordnung gezogenen Grenzen die Vertheilung der Kanzleigeschäfte anzuordnen und wenn erforderlich abzuändern.

§ 44. Mindestens einmal im Jahr findet nach näherer Anordnung des Stadttamts eine Revision des Geschäftsganges der Kanzlei und namentlich der Kanzleibücher statt.

D. Cassenordnung des Stadtamts.

§ 45. Die Stadt-Cassen werden von der Stadt-Cassa-Commission verwaltet, welche mit der besonderen Aufsicht über die Cassen den Präses und zwei Beisitzer betraut.

§ 46. Für die Cassen- und Buchführungsgeschäfte sind bei der Stadt-Cassa-Verwaltung angestellt (§ 37): 1) ein Cassirer, 2) ein Buchhalter, 3) drei Kanzellisten, 4) ein Diener.

§ 47. Die Stellvertretung der ersten beiden Beamten ordnet erforderlichen Falls die Cassenverwaltung an.

§ 48. Der Cassirer hat vor seinem Amtsantritt eine Caution von S. M. 2000 Rubel bei der Cassen-Verwaltung zu deponiren.

§ 49. Sämmtliche Einnahmen und Ausgaben der städtischen Verwaltung werden von dem Cassirer in sogen. Cassen-Kladden, von dem Buchhalter in den betreffenden Journalen nach der Zeitfolge gebucht.

Getrennte Buch- und Rechnungsführung findet nur in Betreff der bei der Stadt-Casse zur Aufbewahrung übergebenen Werthe, Depositen, wie namentlich der Cautionen und Stiftungen statt, deren Aufbewahrung von den übrigen der Stadt-Cassa gehörigen zu trennen ist.

§ 50. Zur Zeit werden folgende Bücher bei den Stadt-Cassen geführt: 1) das Einnahme-Journal, 2) das Ausgabe-Journal, 3) die Einnahme- und Ausgabe-Kladder, 4) das Rescontro über Einnahmen nach dem Budget, 5) das Rescontro über Ausgaben nach dem Budget, 6) das Specialbuch für Grundzinsen, 7) das Specialbuch für repartirte Steuern, 8) das Specialbuch für den Pensionsfond, 9) das Depositenbuch, 10) das Terminbuch.

§ 51. Die Formulare zu den im § 50 angeführten Büchern werden von der Cassen-Verwaltung entworfen und vom Stadttamt bestätigt.

§ 52. Die Stadt-Cassen-Verwaltung ist berechtigt, die sonst erforderlichen Hülfsbücher von sich aus anzuordnen.

§ 53. Bis zum 10^{ten} Tage eines jeden Monats muß der Abschluß des vorhergehenden Monats in sämmtlichen Cassa-Büchern bewerkstelligt sein.

§ 54. Sämmtliche Bücher der Stadt-Cassen liegen den Gliedern des Stadttamts, der Stadt-Cassen-Verwaltung und dem Stadtsecretairen jederzeit zur Einsicht offen, auch sind die Cassa-Beamten verpflichtet, den vorgenannten Personen hinsichtlich dieser Cassen jede gewünschte Auskunft zu ertheilen.

§ 55. Der Cassirer empfängt alle Einnahmen und bewerkstelligt sämmtliche Ausgaben der städtischen Verwaltung und hat dieselben in die Cassa-Kladden einzutragen.

§ 56. Der Buchhalter hat sämmtliche Einnahmen und Ausgaben in die Einnahme- und Ausgabe-Journale einzutragen, den Jahresrechnungsbereich anzufertigen und zur Zusammenstellung des Budgets die erforderlichen Berechnungen zu liefern.

§ 57. Die übrigen Specialbücher werden auf Anordnung der Cassen-Verwaltung nach Berathung mit dem Cassirer und Buchhalter von den drei Kanzleibeamten geführt.

§ 58. Ueber jede Einnahme ist vom Cassirer eine Quittung, mit seiner Namensunterschrift versehen, zu ertheilen, worauf der Buchhalter sie in das Einnahme-Journal einzutragen und die Quittung mit der Nummer des betreffenden Einnahme-Postens zu versehen hat.

§ 59. Die Ausgaben dürfen erst geleistet werden, nachdem von dem Präses der Cassen-Verwaltung eine Anweisung dazu erfolgt, der Posten in das Ausgabe-Journal von dem Buchhalter eingetragen und von dem Empfänger quittirt ist.

§ 60. Wo erforderlich, sind die Rechnungen von dem Präses der betreffenden Executiv-Commission zu beglaubigen unter genauer Angabe des Budgetartikels, in welchen die Ausgabe hineingeht.

§ 61. Bei Geldsendungen, welche mit einem Schreiben eingehen, ertheilt der nach der Geschäftsordnung zur Eröffnung des Schreibens Berechtigte den Cassenauftrag.

§ 62. Die Chefs, durch welche über das Guthaben der Stadt-Casse bei der vom Stadttamt bestimmten Bank verfügt wird, bedürfen zu ihrer Gültigkeit des städtischen Siegels und der Unterschrift des Präses oder eines der Beisitzer der Cassen-Verwaltung und der Gegenzeichnung des Cassirers, in seiner Abwesenheit des Buchhalters.

§ 63. Die Stadt-Cassa ist für das Publicum täglich von 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags geöffnet. Die Beamten müssen aber bis zur Erledigung ihrer Tagesgeschäfte, sowie auf Anordnung der Cassen-Verwaltung auch außerhalb der erwähnten Zeit anwesend sein. Verhinderungen haben sie mit Angabe des Grundes rechtzeitig der Cassen-Verwaltung anzuzeigen.

§ 64. Die der Stadt gehörigen Werthpapiere und Depositen werden unter dem dreifachen Verschluss des Vorsitzers und der Beisitzer der Cassen-Verwaltung in dem feuerfesten Gelbschrank im Cassen-Gewölbe aufbewahrt.

§ 65. Der baare Cassenbehalt wird während der Geschäftsstunden von dem Cassirer und unter dessen Verantwortlichkeit aufbewahrt. Die eingeflossenen Gelder hat der Cassirer täglich nach dem Schluß des Geschäfts in dem feuerfesten Schrank des Cassen-Gewölbes aufzubewahren.

§ 66. Der die Summe von 2000 Rubel übersteigende Betrag des Cassenbehalts ist auf ein für die Stadt-Casse bei einer hiesigen, vom Stadttamt zu bestimmenden Bank zu eröffnendes Giro-Conto einzuzahlen.

§ 67. Die Stadt-Casse wird jährlich durch eine aus drei Gliedern bestehende, von der Stadtverordneten-Versammlung aus deren Mitte zu erwählende Commission revidirt.

§ 68. Die übrigen Revisionen der Stadt-Casse werden von dem Stadttamt durch drei von demselben delegirte Glieder vollzogen.

Die regelmäßigen Cassenrevisionen finden allmonatlich und zwar jedes Mal am 10. des Monats statt. Außerordentliche Revisionen werden von dem Stadttamt angeordnet; sie müssen von demselben unverzüglich angeordnet werden, wenn das Stadttamt oder mindestens 15 Stadtverordnete eine solche Revision beantragen.

Abchnitt IV. Executiv-Commissionen.

§ 69. Die laufenden Geschäfte der Commission besorgt der Vorsitzende von sich aus. Das Plenum der Commission tritt zusammen bei allen wichtigeren Angelegenheiten und principiellen Fragen, die in den Geschäftskreis derselben gehören. Die Zusammenberufung des Plenum hat jedenfalls stattfinden, wenn der Präses sie für nothwendig erachtet oder wenigstens $\frac{1}{3}$ der Commissionsglieder sie verlangt oder das Stadttamt sie anordnet. Ueber jede Plenarsitzung muß ein Protocoll geführt und wo möglich am Schlusse der Sitzung verlesen und unterschrieben werden.

Anmerk. Eine speciellere Regelung des Geschäftsganges innerhalb der ständigen Commissionen findet auf Antrag derselben statt, sobald erfahrungsmäßig das Bedürfniß dazu sich herausstellt (§ 5).

§ 70. Den Executiv-Commissionen ist es überlassen durch ihren Präses oder einzelne Glieder die Protocolle der Sitzungen führen, die erforderlichen Schreiben ausfertigen und expediren zu lassen. Wenn jedoch in einzelnen Commissionen diese Arbeit zu sehr anwächst, können dieselben mit Zustimmung des Stadttamts sich der Kanzleikräfte des Letzteren bedienen, resp. eigene Hilfskräfte anstellen.

A. Stadt-Cassacommission.

§ 71. Die Stadt-Cassacommission besteht aus sämtlichen Gliedern des Stadttamts und aus drei Stadtverordneten. Das Stadthaupt hat den Vorsitz in dieser Commission. Der Stadt-Cassacommission sind beigegeben: der Stadtsecretaire, die für Cassenverwaltung und Buchführung angestellten Beamten, sowie der Stadtarchitect, der Stadtrevisor, der Stadtförster und der Inspector der Stadtgüter.

Anmerk. Da die Stadt-Cassacommission in der Mehrzahl aus Gliedern des Stadttamts zusammengesetzt ist, werden von diesem, resp. vom Stadthaupt, die laufenden Geschäfte derselben erledigt.

§ 72. Der Stadt-Cassa-Commission liegt im Allgemeinen die unmittelbare ökonomische Verwaltung des gesammten Communalvermögens ob. In ihr concentrirt sich die gesammte städtische Cassenverwaltung nach den näheren Bestimmungen der Cassenordnung. Die Cassa- und Buchführung wird alljährlich von der Stadtverordneten-Versammlung revidirt.

§ 73. Die Stadt-Cassacommission hat die Erhebung und Einziehung der städtischen Steuern und sonstigen Einnahmen, sowie die Erfüllung der der Stadt obliegenden Zahlungen zu bewerkstelligen; die städtischen Kapitalien und Nutzungsrechte zu verwalten; die Stadtschulden planmäßig zu verzinsen und zu tilgen.

Anmerk. Der Stadt-Cassacommission ist auch die Erhebung der Kronsimmobiliensteuer zugewiesen.

§ 74. Die Stadt-Cassacommission verwaltet den städtischen Grundbesitz in Stadt und Land, beaufsichtigt die Führung der bezüglichen Bücher, vergiebt die städtischen Grundstücke in Grundzins oder Pacht, überwacht die Einhaltung der Pachtcontracte und die Einzahlung der Pachten auf den Stadtgütern, resp.

der Zahlungsrückstände und controllirt den Zustand und die Reparaturverordnungen bei den Baulichkeiten der Stadtgüter.

§ 75. Der Stadt-Cassacommission liegt ob die Berathung des Jahresbudgets und die Abfassung der jährlichen Rechenschaftsablegung, die alljährliche Revision der städtischen Immobilien und der Stadtgüter. Die Glieder der Stadt-Cassacommission nehmen Theil an den Ausbetsverordnungen des Stadttamts bei Vergebung städtischer Vermögensobjecte. (cf. § 24).

B. Bau- und Wege-Commission.

§ 76. Die Bau- und Wege-Commission besteht aus einem Gliede des Stadttamts, als Vorsitzenden und sechs Stadtverordneten. Derselben ist zu Vermessungen der Stadtrevisor, zur Regelung der Bauangelegenheiten der Stadtarchitect beigegeben. Der Stadtsecretaire und die Kanzlei des Stadttamts stehen ihr in der Geschäftsführung zur Verfügung. Sie disponirt über besondere Dienstkräfte zur Besorgung der Beleuchtung, zur Ueberwachung der Straßenreinigung, zur Beschickung der Stadtpferde und dergl. m.

§ 77. Die Bau- und Wege-Commission hat für die Einhaltung des Stadtplanes zu sorgen, die Bauentwürfe gemäß den Bauvorschriften zu prüfen und zu genehmigen, die plan- und vorschriftsmäßige Ausführung der Bauten zu überwachen, vorschriftswidrige Bauten unter Mitwirkung der Polizei zu inhibiren.

§ 78. Die Bau- und Wege-Commission beaufsichtigt die städtischen Gebäude und baulichen Anlagen und stellt durch terminliche Umgänge oder auf Antrag des Stadttamts den baulichen Zustand und die nöthigen Reparaturen derselben fest, fertigt bei allen für Rechnung der Stadt auszuführenden baulichen Anlagen, desgleichen bei Umbauten und Reparaturen die Entwürfe und Kostenanschläge an oder begutachtet sie, wenn sie von anderer Seite angefertigt sind und beaufsichtigt die Ausführung der communalen Bauten.

§ 79. Der Bau- und Wege-Commission liegt es ob, Anordnungen zu treffen für die städtische Straßenpflasterung, die Beleuchtung und Reinigung der Straßen und öffentlichen Plätze.

C. Die Handelsrevisions-Commission.

§ 80. Die Handelsrevisions-Commission besteht aus einem Stadttamts-Gliede, das den Vorsitz führt, und vier Stadtverordneten. Sie hat nach den Bestimmungen der Städteordnung und der allgemeinen Gesetze die Handelspolizei zu handhaben und die Gesetzmäßigkeit des Handels- und Gewerbebetriebes zu beaufsichtigen. Zu dem Zweck sind ihr der Stadtwäger und der Marktvogt beigegeben.

§ 81. Die Handelsrevisions-Commission hat das Interesse der Krone in Handelsfachen, soweit solches gesetzlich der Communalverwaltung obliegt, wahrzunehmen.

§ 82. Die Handelsrevisions-Commission hat die Anstalten und Einrichtungen zur Feststellung von Quantität und Qualität der Waaren, Maß und

Gewicht zu beaufsichtigen, die Waarenpreise, soweit erforderlich, zu ermitteln und die bei Stempelung von Maßen und Gewichten zum Besten der Stadt zu erhebende Abgabe zu überwachen.

D. Die Quartier-Commission.

§ 83. Die Quartier-Commission besteht aus einem Stadtmitsgliede, als Vorsitzenden und zwei Stadtverordneten. Zur Schriftführung ist ihr die Kanzlei des Stadtmits zum Verfügung gestellt.

§ 84. Die Quartier-Commission hat auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen sowohl das in der Stadt stationirte wie das durchmarschirende Militair mit Allem, was das Quartier- und Lagerbedürfnis erheischt, zu versorgen.

§ 85. Die Quartier-Commission hat die zur Unterbringung des Militairs bestimmten städtischen Grundstücke und Gebäude unter der Beihilfe der Bau- und Wege-Commission zu beaufsichtigen und im Stande zu erhalten, nach Bedürfnis auch mit Genehmigung des Stadtmits andere Räumlichkeiten anzumietzen.

§ 86. Die Quartier-Commission schließt mit Genehmigung des Stadtmits Contracte über Lieferung für das Militair ab und trifft alle Vorkehrungen, um den gesetzlich begründeten Ansprüchen des Militairs zu genügen.

§ 87. Insofern Hausbesitzer zur Naturalquartierleistung verpflichtet sind, hat die Quartier-Commission die Einquartierung anzuordnen und zu beaufsichtigen.

E. Die Armen- und Siechen-Commission.

§ 88. Die Armen- und Siechen-Commission besteht aus einem Mitgliede des Stadtmits, als Vorsitzenden und fünf Stadtverordneten. Sie tritt hinsichtlich des Krankenwesens mit dem Stadtarzt in Verbindung.

§ 89. Die Armen- und Siechen-Commission hat für die Unterbringung und Behandlung derjenigen Kranken, deren Verpflegung nach gesetzlichen Bestimmungen der Stadt-Communalverwaltung obliegt, sowie für die Unterstützung der dieser zur Last fallenden Armen Sorge zu tragen, die zur Unterbringung von Kranken und Armen bestimmten Gebäude zu beaufsichtigen und im Stande zu halten und mit Genehmigung des Stadtmits andere Räumlichkeiten nach Bedürfnis anzumietzen.

§ 90. Die Armen- und Siechen-Commission schließt mit Genehmigung des Stadtmits Contracte wegen der ökonomischen Verwaltung von Armen- und Krankenhäusern ab und hat die präcise Einhaltung derselben zu überwachen.

F. Die Gefängniß-Commission.

§ 91. Die Gefängniß-Commission besteht aus einem Mitgliede des Stadtmits und zwei Stadtverordneten.

§ 92. Die Gefängniß-Commission hat für die ordnungsmäßige Verpflegung der Gefangenen der städtischen Justiz- und Polizeibehörden, namentlich für Reinlichkeit in den Gefängnißräumen und für saubere Haltung der Gefangenen Sorge zu tragen und die betreffenden Gebäude im Stande zu halten.

§ 93. Die Gefängniß-Commission sorgt durch Vermittelung des Stadtmits bei Zeiten für das Eingehen der von der Krone für die Verpflegung der Gefangenen bestimmten Summen und hat über deren Verwendung Rechenschaft abzulegen.

G. Die Commission für das Feuerlöschwesen.

§ 94. Die Commission für das Feuerlöschwesen besteht aus einem Mitgliede des Stadtmits, als Vorsitzenden und neun Stadtverordneten. Ihre Beziehungen zur freiwilligen Feuerwehr sind durch besondere, von der Stadtverordneten-Versammlung bestätigte Regeln für die Freiwillige-Feuerwehr in Dorpat festgestellt. (St.-D. Art 103 n).

§ 95. Die Commission für das Feuerlöschwesen hat die Feuerlöschgeräte der Stadt in Ordnung und gutem Stande zu erhalten, zeitig für nothwendige Neubeschaffung zu sorgen und die für das Feuerlöschwesen bestehenden Baulichkeiten zu beaufsichtigen.

§ 96. Die Commission für das Feuerlöschwesen überwacht die berufsmäßige Thätigkeit der Schornsteinfeger, controlirt durch terminliche Umgänge unter Hinzuziehung Sachverständiger die Feuergefährlichkeit der städtischen Baulichkeiten, insbesondere der Defen und Schornsteine und bemüht sich, die Ursachen von Brandschäden zu ermitteln.

H. Die Sanitäts-Commission.

§ 97. Die Sanitäts-Commission besteht aus einem Mitgliede des Stadtmits, als Vorsitzenden und aus sechs Stadtverordneten. Zu Gliedern dieser Commission werden womöglich zwei Aerzte und ein Chemiker, und ein Hausbesitzer aus jedem der drei Stadttheile aus der Zahl der Stadtverordneten gewählt.

Die Sanitäts-Commission tritt, so oft erforderlich, mit den übrigen Executiv-Commissionen und dem Polizeimeister zur Verathung der abzustellenden Uebelstände und einzuführenden Sanitätsmaßregeln in Verbindung. Der Stadtarzt nimmt an allen Sitzungen derselben Theil und unterstützt die Sanitäts-Commission bei Erledigung ihrer Aufgaben. Die Commission kann nach eigenem Ermessen Sachverständige mit beratender Stimme zu ihren Sitzungen hinzuziehen.

§ 98. Die Sanitäts-Commission hat die Aufgabe die öffentliche Gesundheitspflege nach jeder Richtung zu überwachen, die vorhandenen sanitären Uebelstände festzustellen und Maßnahmen zur Abhilfe bei dem Stadtmits zu beantragen, insbesondere ihr Augenmerk zu richten auf die Reinhaltung der Stadt und ihrer nächsten Umgebung, auf das Trinkwasser, auf die Localitäten, in denen Nahrungsmittel für den Verkauf zugerichtet, aufbewahrt oder ausgeboten werden (Schlachtereien, Märkte, Victualienbuden), auf die Abtrittsanlagen, deren Reinigung, auf Abfluß stagnirender Gewässer, des Schmutzwassers und Entfernung des Unraths aus den Straßen, Plätzen und Höfen, auf die Schulklocale, die Gefängnisse, die Fabriken und gewerblichen Anstalten, die Wohnungen der ärmeren Einwohnerklasse, die Begräbnisplätze u. dgl. m. — Die Regelung

der Prostitution, die der Polizeiverwaltung competirt, ist von den Berathungen der Sanitäts-Commission nicht ausgeschlossen; ihr geeignet erscheinende Vorschläge über diesen Gegenstand zu machen, ist die Sanitäts-Commission berechtigt und verpflichtet. Die Sanitäts-Commission sorgt auch für die Pflege der in der Stadt und ihrer Umgebung befindlichen Gartenanlagen, für die Reinlichkeit der Promenaden, für rechtzeitigen Ersatz abgestorbener Bäume und Sträucher. Es liegt ihr ob, unter den Einwohnern der Stadt den Sinn für Schonung der Anpflanzungen aufrecht zu erhalten und eine Erweiterung der Gartenanlagen und Promenaden durch Anregung von zu diesem Zweck zu stiftenden Vereinen anzubahnen.

Zur Abhilfe der ermittelten Uebelstände hat die Sanitäts-Commission unter anderem mit Beziehung auf die im Art. 103 der Städteordnung aufgeführten, auf die Gesundheitspflege bezüglichen ortspolizeilichen Verordnungen Anträge beim Stadttamt zu stellen, über die genaue Einhaltung der erlassenen Verordnungen zu wachen und durch Vermittelung des Stadttamts die Hülfsleistung der Polizeibeamten zu requiriren.

§ 99. Ausgaben, die über den Betrag der budgetmäßig für Gartenanlagen und Promenaden bestimmten Summen hinausgehen, dürfen nur mit Genehmigung des Stadttamts resp. der Stadtverordneten-Versammlung gemacht werden. Ueber Mittel, die von Privatpersonen für Anlagen dargebracht werden, wird von der Sanitäts-Commission öffentlich Rechenschaft abgelegt.

I. Die Commission zur Schätzung neu- und umgebauter Immobilien.

§ 100. Die Commission zur Schätzung neu- und umgebauter Immobilien besteht außer dem Vorsitzenden, der aus den Gliedern des Stadttamts von diesem designirt wird, aus neun Gliedern, je drei für jeden der drei Stadttheile. Die Glieder dieser Commission müssen Hausbesitzer, brauchen aber nicht nothwendig Stadtverordnete zu sein, wenn sie nur die Wählerqualitt des Art. 17 der Städteordnung besitzen.

§ 101. Die Commission hält zu bestimmten Zeiten ihre Sitzungen und erledigt die jeweilig zu bewerkstelligenden Schätzungen, indem sie hinsichtlich ihres Verfahrens und der Grundsätze der Abschätzung nach der durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 31. October 1878 angenommenen Instruction zur Abschätzung der Immobilien Dorpat's sich zu richten hat.

§ 102. Bis zum 1. Mai wird der Commission alljährlich vom Stadttamt ein Verzeichniß der im vorhergehenden Jahre vollendeten Bauten und Umbauten übergeben. Die Commission hat bis zum 1. September die Schätzung zu vollziehen und das Resultat derselben dem Stadttamt mitzutheilen.

Instruction zur Abschätzung der Immobilien Dorpat's.

Beschluß der St.-B.-B. v. 9. October 1878.

I. Zweck der Abschätzung.

§ 1. Die Abschätzung soll die reine Revenue der einzelnen Immobilien zum Zweck der Fixirung der in § 130 der Städteordnung erörterten Schtzungsabgabe und einer gerechten Repartition derselben auf die einzelnen Grundstücke in Grundlage der § 21 ff. dieser Instruction feststellen.

II. Gegenstand der Abschätzung.

§ 2. Der Schätzung unterliegen, in Grundlage des § 129 der Städteordnung, alle im Stadtbezirk belegenen, d. h. der städtischen Jurisdiction und Besteuerung unterworfenen Immobilien. Ausgenommen von der Abschätzung sind jedoch in Grundlage desselben § 129:

1) Diejenigen Immobilien resp. Theile von Immobilien, welche der Krone, den Kirchen und geistlichen Ressorts aller Confessionen, den Wohlthätigkeitsanstalten, Lehranstalten, gelehrten Gesellschaften und frommen Stiftungen zu Eigenthum gehören und von diesen Institutionen, resp. Körperschaften selbst direct benutzt werden, während diejenigen Immobilien oder Theile von Immobilien, welche den genannten Institutionen, resp. Körperschaften eine Geldrevenue abwerfen oder Beamtenwohnungen enthalten, der Abschätzung unterliegen.

2) Diejenigen Immobilien, welche der Eisenbahngesellschaft mit der Clausel gehören, einst mit der ganzen Bahn zusammen Eigenthum der Krone zu werden.

III. Zeit der Abschätzung.

§ 3. Die Schätzung der zur Zeit vorhandenen steuerpflichtigen Immobilien ist bis zum 1. October 1879 zu vollziehen.

§ 4. Alle künftighin neu auf- oder umgebauten Gebäude, so wie auch alle Immobilien, deren Werth durch irgend welche Umstände oder Ereignisse sich in der Folge vergrößern oder wesentlich verkleinern sollte, müssen sofort nach der Vollendung des Bau's oder nach erfolgter Werthsteigerung, resp. Werthverringerung, sei es auf Antrag der Eigenthümer, resp. deren Vertreter, sei es auf Initiative der ständigen Taxationscommission abgeschätzt werden.

IV. Die Organe der Abschätzung.

§ 5. Zum Zweck der gegenwärtig in Aussicht genommenen einmaligen Umschtzung der vorhandenen städtischen Immobilien wählt die Stadtverordnetenversammlung (Städteordnung § 130) eine Commission zur Umschtzung der Immobilien, bestehend aus 18 Personen. Dieselbe zerlegt sich jedoch nach ihrer Constatuirung in 6 Untercommissionen von je 3 Gliedern, so daß auf jeden der 3 Stadttheile zwei dieser Untercommissionen kommen, welche den bezuglichen Stadttheil unter sich theilen. Die Glieder dieser Commissionen tauschen jedoch, nach einem von der Gesamtcommission verabredeten Turnus, ihre

Stellungen in den einzelnen Untercommissionen alle Monat mit einander aus, so daß nach Ablauf einer sechsmonatlichen Frist jedes Mitglied der Gesamtcommission an jeder der Untercommissionen Theil genommen hat.

Zusatz. Zur Gültigkeit eines Beschlusses der Gesamtcommission ist die Anwesenheit von mindestens $\frac{2}{3}$ der Mitglieder erforderlich.

§ 6. Nach Beendigung dieser Umschätzung löst sich die in § 5 beschriebene außerordentliche Commission auf und wird, für die Taxation künftiger Neubauten oder sonst schätzungspflichtiger Immobilien, durch eine ständige Taxationscommission, bestehend aus 9 Gliedern, je 3 für jeden Stadttheil, ersetzt, welche den Character einer Executivcommission besitzt und unter dem Stadtamt steht. (§ 85 der Städteordnung.)

§ 7. Für den Fall, daß die einzelnen Glieder der außerordentlichen Umschätzungskommission durch Krankheit oder andere gesetzliche Gründe zeitweilig verhindert sein sollten, an den einzelnen Taxationen Theil zu nehmen, ist für jedes Commissionsglied ein Ersatzmann oder Stellvertreter von der Gesamtcommission abzudelegiren. Der Modus dieser Abdelegation ist der Gesamtcommission überlassen.

§ 8. Die Glieder der Umschätzungskommission müssen selbst Hausbesitzer, brauchen aber nicht nothwendig Stadtverordnete zu sein, wenn sie nur die Wählerqualitt des Art. 17 der Städteordnung (mit der dazu gehörigen Regel Nr. 4) besitzen.

§ 9. Falls die einzelnen Untercommissionen in einem bestimmten Fall Schwierigkeiten oder Bedenken in der Anwendung der weiter unten anzugebenden Abschtzungsprincipien finden, so legen sie dieselben der Gesamtcommission zur Entscheidung vor, welche ihrerseits in zweifelhaften Fällen sich an das Stadtamt mit der Bitte um Ertheilung der bezüglichen Instruction zu wenden hat.

§ 10. Die Glieder der Abschtzungskommission erhalten für ihre Arbeit keine Entschädigung. Dagegen wird derselben zur Vagierung eines Schriftführers sowie zur Beschaffung von Kanzleimaterialien die Summe von 1500 Rbl. aus der Polizeikasse zur Disposition gestellt, über deren Verwendung dieselbe nach Abschluß ihrer Thätigkeit der Stadtverordnetenversammlung Rechenschaft abzulegen hat.

§ 11. Bei Vollahebung der Abschätzung muß die betr. Untercommission stets vollzählig, d. h. drei Glieder stark, sein.

V. Verfahren bei der Abschätzung.

§ 12. Die Abschtzungskommission hat Allem zuvor ein Verzeichniß sämtlicher bebauten und unbebauten, im Stadtbezirk belegenen Grundstücke anzufertigen und sodann die Vertheilung der einzelnen Immobilien auf die 6 Untercommissionen zu vollziehen.

§ 13. Hierauf hat jede Untercommission die Zeit, wann sie die Abschätzung eines Immobilien vornehmen will, wenigstens drei Tage vorher dem

Eigenthümer oder Verwalter des Immobilien durch eine schriftliche Anmeldung anzuzeigen und denselben zugleich aufzufordern, a) an dem anberaumten Termin anwesend zu sein und die Commission zu erwarten; b) ein ihm zugleich mit der Anmeldung zugestelltes Blanquet auszufüllen und die in demselben verlangten Auskünfte über die Revenüe des Immobilien gewissenhaft abzugeben; c) alle auf sein Immobil bezüglichen Documente bereit zu halten. Sollte die Commission keine Kenntniß von dem Wohnort des Vertreters des abzuschätzenden Immobilien haben oder dieser letztere am Ort nicht anwesend sein, so wird die Anmeldung an die Thür oder Pforte des Immobilien 8 Tage vor der Abschätzung angeschlagen.

§ 14. Ueber jede einzelne Abschätzung hat die betr. Untercommission ein besonderes Protocoll aufzunehmen. In dasselbe werden nach einem besonderen Schema die zur Abschätzung erforderlichen Daten und Notizen eingetragen. Das Protocoll wird dem Vertreter des betr. Immobilien vorgelesen und demselben zur Unterzeichnung, resp. zur Anerkennung seines Inhalts vorgelegt. Dasselbe kann nach erfolgter Unterzeichnung nicht mehr durch die Untercommission abgeändert werden.

§ 15. Die Untercommissionen müssen allwöchentlich die aufgenommenen Abschtzungsprotocolle nebst den von den Immobilienbesitzern ausgefüllten Blanquets der Gesamtcommission vorstellen. Etwaige weitere Auskünfte werden in der Sitzung der letzteren mündlich ertheilt.

§ 16. Nach Eingang des Abschtzungsprotocolls hat die Gesamtcommission das Protocoll nebst Beilagen einer genauen Durchsicht zu unterziehen und die erfolgte Abschätzung zu bestätigen, resp. abzuändern. Im letzteren Falle hat eine neue Abschätzung des betreffenden Immobilien durch eine andere Untercommission stattzufinden. Die bestätigten Abschätzungen sind in ein besonderes Buch einzutragen.

§ 17. Jede während der Umschtzung neu ertheilte Bauconcession muß von der Bau- und Wegecommission der Umschätzungskommission sofort mitgetheilt werden.

VI. Verfahren im Fall einer eingehenden Beschwerde.

§ 18. Falls ein Immobilienbesitzer oder dessen gesetzlicher Stellvertreter mit der ihm vorgelesenen Abschätzung nicht zufrieden ist, so muß er diese seine Unzufriedenheit entweder sofort zu Protocoll erklären oder binnen 8 Tagen, gerechnet vom Tage der Verlesung des Protocolls, bei der Gesamtcommission schriftlich und gehörig motivirt anzeigen, resp. einreichen. Ist er jedoch im Abschtzungstermin ohne genügende Entschuldigungsgründe weder persönlich, noch durch einen Stellvertreter erschienen oder hat er die achttägige Frist zur Einreichung seiner Beschwerde bei der Gesamtcommission versäumt, so wird ein weiteres Beschwerdegesuch von ihm nicht mehr acceptirt, und die vollzogene Abschätzung als definitive betrachtet.

§ 19. Nach Eingang einer Beschwerde hat die Gesamtcommission von der bez. Untercommission eine schriftliche Erklärung einzufordern und dann die Abschätzung zu bestätigen oder aufzuheben. Bei der Abstimmung scheiden die Glieder der betr. Untercommission aus. Wird die Abschätzung aufgehoben, so wird eine andere Untercommission mit der Neuschätzung beauftragt.

§ 20. Glaubt der Immobilienbesitzer, resp. dessen Stellvertreter auch über die Verfügung der Gesamtcommission sich beschweren zu können, so muß sich derselbe binnen 8 Tagen, bei Verlust des Klagerrechts, mit einem schriftlichen Gesuch in gehöriger Motivirung an das Stadtamt wenden, welches nach eingezogener Erklärung von Seiten der Umschätzungscommission die Frage entscheidet und die Abschätzung definitiv feststellt. Eine weitere Beschwerde ist dann nicht mehr zulässig. (cf. Vorschrift des Gouverneurs vom 3. Januar 1878 Nr. 22.)

VII. Die Grundsätze der Abschätzung.

§ 21. Den leitenden Grundsatz für die Abschätzung eines Immobilis bildet die Ermittlung der reinen Revenüe desselben.

§ 22. Die Ermittlung des reinen Revenüenwerths eines Immobilis erfolgt dadurch, daß

1) die jährlichen Einkünfte des Immobilis, beständen sie nun in Baareinnahmen oder anderweitigen, in Geld schätzbaren Vortheilen, festgestellt,

2) hiervon die Summe derjenigen jährlichen Ausgaben, welche für die Erhaltung des Immobilis selbst bestimmt sind, in Abzug gebracht wird.

§ 23. Bei Feststellung der jährlichen Einkünfte ist auf folgende Punkte Rücksicht zu nehmen:

1) die Untercommissionen haben sämtliche Einkünfte, welche aus der Benutzung des Immobilis durch Vermietung factisch gewonnen werden, genau festzustellen. Nur wenn die ermittelte Mieth im Verhältniß zu den sonst in der Stadt üblichen Miethepreisen eine so auffallend geringe ist, daß die Vermuthung einer theilweisen Schenkung der Miethnutzung gerechtfertigt erscheint, gilt nicht die factische Mieth, sondern die von der Commission geschätzte, als Revenüe des betr. Immobilis.

2) Im Falle ein Mobil oder ein Theil desselben gar nicht vermietet ist, hat die betr. Untercommission dasselbe nach Maßgabe der Miethepreise in ähnlichen Localen der Nachbarschaft abzuschätzen.

3) Nur der reine Miethezins, nicht etwa Extrazahlungen für Beheizung, Beleuchtung, Möblirung, Reparatur des Immobilis u. s. w., werden bei der Abschätzung in Berücksichtigung gezogen.

4) Bei Räumlichkeiten, welche für einen Miethezins von 2 und weniger als 2 Abl. monatlich und zwar monatweise vermietet werden, sind bei Berechnung der Jahresrevenüe bloß 9 Monate des Jahres in Anschlag zu bringen.

§ 24. Bei Abschätzung der Jahresausgabe sind nur diejenigen Ausgaben zu berücksichtigen, welche nicht aus der Willkür des Besitzers entspringen, sondern für die Erhaltung des Immobilis unumgänglich sind. Diese Jahres-

ausgabe wird insgesammt festgestellt: Bei steinernen Häusern auf 22 — 25 % und bei hölzernen Häusern auf 32 — 35 % der Brutto-Revenüe.

Die Zinsen der auf dem Mobil ruhenden Pfandschulden sowie die sonstigen darauf lastenden Abgaben werden bei dieser Abschätzung nicht berücksichtigt.

VIII. Schlußbestimmung.

§ 25. Die vorstehende Instruction ist für alle Immobilienbesitzer der Stadt verbindlich und wird zu diesem Zwecke veröffentlicht.

Regeln über den Verkauf von Fleisch.

Beschluß der St.-B.-V. vom 22. Februar 1879.

1) Die Fleischverkäufer sind verpflichtet, in ihren Verkaufslocalen die Tische mit Rachein, womöglich jeden mit einer großen Racheplatte zu versehen, die Wände mit Oelfarbe streichen zu lassen und das Fleisch in solchem Abstände von demselben aufzuhängen, daß es sie nicht berührt; für Sauberhaltung der beim Zerhauen des Fleisches gebrauchten Eichenklöße Sorge zu tragen, den Abfall in glasierte Töpfe zu sammeln und täglich zu entfernen und die Fußböden, welche aus Asphalt bestehen müssen, sorgfältig reinigen zu lassen.

2) Es ist Sorge dafür zu tragen, daß die Verkaufslocale, auch während sie geschlossen sind, durch geeignete Vorkehrungen gelüftet werden können und daß in den zu den Verkaufslocalen gehörigen Eiskellern gleichfalls die nöthige Reinlichkeit beobachtet werde.

3) Die zum Verkaufe des Fleisches angestellten Personen sollen reinlich gekleidet sein; insbesondere ist auf die Reinlichkeit der Schürzen zu achten.

4) Der Fleischverkauf außerhalb der festen Verkaufslocale ist ganz besonders zu überwachen und werden zu diesem Zwecke alle Umherträger von Fleisch mit Nummern versehen werden, welche dieselben stets bei sich tragen müssen. Es wird darauf zu achten sein, daß das von den bezeichneten Personen feilgebotene Fleisch von guter Beschaffenheit und die dabei gebrauchten Mulden, sowie die Kleidung der Austräger stets sauber gehalten seien.

Die Bestimmungen sub 3 und 4 treten mit dem heutigen Tage, die Bestimmungen sub 1 und 2 dagegen erst mit dem ersten Juni dieses Jahres in Kraft.

Etwaige Contravenienten werden in Grundlage der bezüglichen Bestimmungen des Friedensrichterreglements der gesetzlichen Strafe unterzogen werden.

Obligatorische Verordnung über die Reinigung der Höfe, Senkgruben und Aborte.

Civil. Gouvernements-Zeitung, d. d. 16. Mai 1879 sub Nr. 65.

1) Die Höfe, Keller und Hintertreppen müssen stets sauber gehalten sein;

2) Mistgruben bei Ställen sind gestattet, jedoch nur zur Ansammlung des

Düngers; sie sollen nicht nur gegen Zufluß von Schmutzwasser, sondern auch gegen Regen und Schneewasser geschützt sein; 3) Schweinegülle sind nur zu dulden, wenn der Besitzer es vermag, sie reinlich zu erhalten; 4) Küchen- und sonstige Abfälle, sowie Hauskehricht dürfen nicht in unbeweglichen Behältern gesammelt, sondern sollen in tragbaren Kisten oder Körben aufbewahrt und zweimal wöchentlich abgeführt werden; 5) dem Schmutzwasser muß, wenn erforderlich, durch gepflasterte Rinnsteine Abfluß geschafft werden. Ansammlung desselben in Pfützen und Lachen, in Höfen und Gärten ist nicht zu dulden; 6) die Abtrittsgruben dürfen nicht überfüllt und ungedeckt sein. Nach Abfuhr ihres Inhalts ist die Grube sofort mit 1 Pfd. Chlorkalk zu desinficiren; 7) in derselben Weise sind zu desinficiren andere mit fauligen Substanzen verunreinigte Orte.

Mit der Ueberwachung der Befolgung obiger Vorschriften sind auf gesetzlicher Grundlage sowohl die örtlichen Polizei-Beamten, als auch die Sanitäts-Delegirten der Stadt Dorpat betraut worden. Etwaige Uebertretungen dieser Verordnung werden in Grundlage der Art. 52, 53, 55 und 56 des Gesetzes über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen geahndet werden.

Pensions-Statut für die Beamten der Dorpater Communalverwaltung, des Dorpatschen Rath's und des Vogteigerichts.

Beschluß der St.-B.-V. vom 13. November 1879.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Zahlung der durch dieses Statut angeordneten Pensionen und einmaligen Unterstützungen ist eine Verbindlichkeit der Stadtkasse.

§ 2. Der bei der Stadtkasse bestehende besondere Pensionsfond ist ein unantastbares Capital der Stadt. Die Renten dieses Capitals dürfen nur insoweit zu den Einnahmen der Stadtkasse gezogen werden, als die Verpflichtung der Stadtkasse zur Zahlung von Pensionen und Unterstützungen reicht.

§ 3. Alle pensionsfähigen Beamten haben fortlaufend 2 % ihres Gehaltes zum Pensionsfond zu zahlen. Diese Zahlungen werden durch Abzug vom Gehalt erhoben und zum Capital geschlagen.

§ 4. Bei der Berechnung des Gehaltes kommen unter besonderen Beziehungen gezahlte Zuschüsse, wie Quartiergelder, Tischgelder, Fahrgelder und andere Entschädigungssummen nicht in Betracht.

Bekleidet ein Beamter gleichzeitig mehrere Aemter, welche auf Grund dieses Statutes einen Pensionsanspruch begründen, so hat er die Pensionsabzüge nur vom höchst besoldeten Amt zu leisten.

§ 5. Die Pensionen werden vierteljährlich nachgezahlt; Anfangstermin des Bezuges ist für den Beamten selbst der Tag seines Ausscheidens aus dem Dienst, für die Hinterbliebenen aber, wenn der Verstorbene bereits in Pension gestanden hatte, der Ablauf des Kalendervierteljahres, in welches der Tod fällt

(Sterbequartal), bezog der Verstorbene jedoch keine Pension, der Ablauf des auf das Sterbequartal folgenden Kalendervierteljahres (cf. § 12.).

II. Pensionsfähigkeit.

§ 6. Pensionsfähig sind unter der Voraussetzung, daß sie aus der Stadtkasse ein festes Gehalt beziehen: a) alle Beamten der Communalverwaltung, welche von der Stadtverordnetenversammlung gewählt oder vom Stadtmayor vertragsmäßig und zwar nach einem besonderen von demselben angefertigten Verzeichniß angestellt sind; b) alle Beamten des Dorpatschen Rath's und des Vogteigerichts. c) die Wittwen und die nachbleibenden unmündigen Kinder der unter a—b aufgeführten Beamten. d) die Wittwen und die nachbleibenden unmündigen Kinder verabschiedeter pensionirter Beamten.

Anmerkung: Die Wittve ist nur dann pensionsberechtigt, falls sie mit dem Verstorbenen vor Beginn der Pensionirung mindestens 5 Jahr in der Ehe gelebt hat.

III. Pensionsberechtigung.

§ 7. Der pensionsfähige Beamte erwirbt für sich, beziehungsweise für seine Wittve und seine nachbleibenden unmündigen Kinder den Anspruch auf Pension nur unter folgenden Voraussetzungen: a) daß er eine gewisse Zeit im Dienst gestanden hat; (cf. IV.) b) daß er nicht weiter ein den Pensionsanspruch begründendes Amt bekleidet; c) daß er nicht wegen eines mit Verlust oder Beschränkung von Standesrechten bedrohten Verbrechens oder wegen eines der im Friedensrichterstrafgesetz Art. 169—177 aufgeführten Vergehen verurtheilt worden ist.

§ 8. Der Bezug der Pensionen hört auf: a) wenn die berechtigte Person stirbt; b) wenn die berechtigte Person wegen eines der im § 7 c bezeichneten Verbrechen oder Vergehen verurtheilt wird; c) wenn die Wittve des Beamten resp. Pensionairs eine neue Ehe eingeht; d) wenn die Kinder des Beamten resp. Pensionairs mündig werden oder heirathen.

Anmerkung: In dem unter b angegebenen Falle wird die Pension einbehalten, sobald die berechtigte Person in Anklagezustand versetzt oder der gerichtlichen Spezialuntersuchung unterzogen wird. Erfolgt die Verurtheilung, so gilt die Pension als im Zeitpunkte der Einbehaltung erloschen; im andern Falle wird die einbehaltene Summe nachträglich dem Pensionär, beziehungsweise dessen Erben ausbezahlt. Im Falle der Verurtheilung haben die Frau und die unmündigen Kinder des Beamten den gleichen Anspruch auf Pension, als wenn derselbe gestorben wäre.

§ 9. Der Bezug der Pension ruht, wenn die berechtigte Person wieder in ein den Pensionsanspruch begründendes städtisches Amt eintritt.

IV. Dienstzeit.

§ 10. Nach der Dienstdauer werden die Beamten in 4 Klassen getheilt: a) die erste Klasse umfaßt die Dienstzeit vom vollendeten 15. bis zum vollendeten 20. Jahre; b) die zweite Klasse umfaßt die Dienstzeit vom vollendeten

20. bis zum vollendeten 25. Jahre; c) die dritte Klasse umfaßt die Dienstzeit vom vollendeten 25. bis zum vollendeten 30. Jahre; d) die vierte Klasse umfaßt die Dienstzeit über 30 Jahre.

Anmerkung 1: Für die Hinterbliebenen des im Dienst verstorbenen Beamten wird das begonnene Dienstjahr für vollendet gerechnet.

Anmerkung 2: Dieses Statut hat rückwirkende Kraft und bezieht sich auf alle Beamte des Rathes, des Vogteigerichts und der Communalverwaltung, von deren Gehalten bisher 2% zum Pensionsfond in Abzug gebracht worden sind.

§ 11. Zeitweilige Unterbrechungen des Dienstes auf Grund ordnungsmäßig erteilten Urlaubs werden bei Berechnung der Dienstzeit nicht in Abzug gebracht; dagegen wird bei völligem Ausscheiden aus dem Dienst und nachmaligem Wiedereintritt die dienstlose Zeit nicht angerechnet;

§ 12. Unabhängig von der Dienstzeit wird der Wittve, beziehungsweise den unmündigen Kindern des im Dienst verstorbenen Beamten, dessen Gehalt für das Sterbequartal und das nächstfolgende Kalendervierteljahr als Unterstützung voll ausgezahlt, während die Hinterbliebenen des bereits pensionirten Beamten nur die demselben für das Sterbequartal zuständige Pensionsquote als Unterstützung erhalten (cf. § 5).

V. Betrag der Pension.

§ 13. Die volle Pension des Beamten wird nach der untenstehenden Scala in Prozentfäßen des Gehaltes festgestellt.

Gehalt:	Pension:
bis 1000 Rbl.	70% des Gehalts;
von 1000 bis 2000 Rbl.	60% „
	jedoch nicht weniger als 700 Rbl.;
von 2001 bis 3000 Rbl.	50% des Gehalts;
	jedoch nicht weniger als 1200 Rbl.;
über 3000 Rbl.	45% des Gehalts;
	jedoch nicht weniger als 1500 Rbl.;
	und in keinem Falle mehr als 2000 Rbl.

§ 14. Die Höhe der Pension richtet sich nach demjenigen Gehalt, welches der Beamte beim Ausscheiden aus dem Dienst bezog. Hat ein Beamter gleichzeitig mehrere besoldete Aemter bekleidet, so richtet sich die Pension nur nach dem Gehalte des höchst besoldeten Amtes, sei es, daß er zum Schluß oder im früheren Verlaufe des Dienstes ein solches bekleidet hat (§ 4).

§ 15. Die erste Klasse gewährt den Anspruch auf fortlaufende Auszahlung eines Dritttheils der vollen Pension, die 2. Klasse — auf die Hälfte, die 3. Klasse — auf drei Viertel der vollen Pension, die 4. Klasse endlich auf die volle Pension (§ 13).

§ 16. Die Pension der Wittve ist gleich der Hälfte der ihrem verstorbenen Manne zuständigen Pension.

§ 17. Die Pension der unmündigen Kinder ist für jedes derselben gleich einem Sechstheil, für alle zusammen aber nicht mehr als die Hälfte der ihrem verstorbenen Vater zuständigen Pension.

VI. Verfahren bei der Pensionirung.

§ 18. Die Gesuche um Pensionirung oder einmalige Unterstützung sind beim Stadtmagistat anzubringen, und werden von demselben auf Grund dieses Statutes erledigt.

Zur Regelung der Impfung der Kinder

(Publication des St.-M. vom 31. October 1880.)

ist in der Stadt, unter spezieller Ueberwachung von Seiten des Stadtarztes ein besonderer Impfer*) angestellt worden, welcher verpflichtet ist, stets gesunde Impflinge zur Abnahme guter Lymphy in Bereitschaft zu halten. Die Benutzung des Impfers und der von ihm bereit gehaltenen Stamm-Impflinge findet in nachstehender Reihe statt:

1) Am Dienstag jeder Woche wird den praktisirenden Aerzten die Gelegenheit geboten, den Impfer den Familien, wo eine Impfung vorzunehmen ist, mit dem Stamm-Impfling zuzusenden. Für eine solche Impfung im Hause erhält der Impfer 1 Rbl., die Mutter des Stamm-Impflings ebenfalls 1 Rbl.

2) Diejenigen, die es vorziehen, ihre Kinder in der Wohnung des Impfers impfen zu lassen, können sich mit den Kindern am Donnerstag jeder Woche daselbst melden. Die Zahlung beträgt 50 Kop. für den Impfer und 50 Kop. für die Mutter des Stamm-Impflings.

3) An einem Mittwoch jeden Monats wird auf den öffentlichen Plätzen bekannt gemacht, daß zu einer bestimmten Stunde im Bezirkshospital unentgeltlich eine Impfung der Kinder Unbemittelter stattfindet.

Obligatorische Verordnung für die Einwohner Dorpat's zur Regelung des Marktverkehrs.

Bechluß der St.-B.-B. vom 25. September 1881, publicirt in der livl. Gouv.-Ztg. v. J. 1881, Nr. 139.

I. Von den Marktplätzen.

§ 1. Zur Bewerkestilligung des ordnungsmäßigen Verkaufes der zu Markt gebrachten Lebensmittel und Landesproducte ist der in Dorpat an beiden Ufern des Embaches gelegene Platz bestimmt und in folgende Abtheilungen getheilt: a) der Platz vor den Fleischscharren: Winterverkauf des Holzes; b) zwischen dem Gebäude der livländischen Creditgesellschaft und der Uferpromenade: Verkauf von

*) Der derzeitige Impfer ist der Friseur Heinrich Holtreter, Inhaber eines Feldscheer-Diploms, wohnhaft in der Ritterstraße Nr. 4 (Barbier- und Friseurstube von C. E. Krause).

Gemüse, Beeren, Pilzen u.; c) der Raum zwischen a und b ist den Wiederverkäufern zur Feilbietung ihrer Marktwaaren eingeräumt; d) zwischen dem Köhlerschen Hause und der Dorpater Bank: Stand für die patentirten Fleischverkäufer; e) von der Steinernen Brücke abwärts längs dem Flußufer, gegenüber dem Kaufhose, mit Freilassung des Fahrweges: Trödelmarkt; f) zwischen dem Trödelmarkte einerseits und dem Kaphlowschen Hause und Kaufhose anderseits: Bauer-Victualienmarkt; g) vom Ausgange der Kauf-Straße bis zur Stadtwaage: Brodverkauf; h) zwischen Stadt-Waage und Flußufer, eventuell bis zur Fähre: Aufstellung der Arbeitsfuhrwerke; i) zwischen der Stadt-Waage und dem kleinen Kaufhose: Heumarkt; k) am linken Ufer des Embachs bei der Fähre, zur Winterzeit auch auf der Eisdecke des Embaches: Fischmarkt.

Anmerkung: Die Abgrenzung der besonderen Abtheilungen des Marktplatzes wird durch Tafeln, die auf Pfosten angebracht sind, mit den entsprechenden Aufschriften markirt.

§ 2. Die rechtseitige Uferstrecke des Embaches, zwischen der Steinernen Brücke und der Fähre, wird während der Zeit der Schifffahrt in einer Breite von 5 Faden für Beladung und Ubschung der Fahrzeuge vorbehalten.

Anmerkung: Dieser Platz wird zwar zur Ausstellung von Proben der Schiffsadungen, nicht aber zur Stapelung der letzteren zugänglich gemacht — es sei denn, daß die Ladung verkauft ist und unmittelbar nach der Stapelung abgeführt wird.

II. Von dem Marktverkehre.

§ 3. Die Victualienmärkte finden mit Ausnahme der Sonn- und hohen Festtage täglich Statt, werden im Sommer um 6 Uhr, im Winter aber um 7 Uhr Morgens eröffnet und dauern bis 11 Uhr Vormittags. Durch das Aufhissen und Herablassen der Marktfahne wird die Eröffnung und Schließung des Marktes angezeigt.

Anmerkung: Während der Bauernmärkte tritt die Marktordnung außer Wirkung.

§ 4. Den Verkäufern wird ihr Standplatz von dem Marktvogte (c. § 15) angewiesen, dessen Anordnungen sie unbedingt Folge zu leisten haben. Die Aufstellung der zu Markt gebrachten Lebensmittel geschieht in der Weise, daß Victualien einerlei Art möglichst neben einander placirt werden, wobei dafür Sorge zu tragen ist, daß der Zugang zu allen Verkaufsstellen frei bleibt.

§ 5. Während der Marktzeit ist der Verkauf von Lebensmitteln Jedermann freigestellt, mit alleiniger Ausnahme derjenigen Berufsstände und Individuen, denen die Betreibung eines Handels nach der Handelsordnung überhaupt nicht gestattet ist.

§ 6. Die auf den Markt gebrachten Lebensmittel dürfen in keiner Hinsicht gesundheitschädlich oder verfälscht sein, sei es durch Anfeuchtung oder Färbung, oder durch irgend welche Vermischung. Eben so wenig werden verdorbene Gemüse oder Früchte geduldet. Bei Contravention sind solche Lebensmit-

tel, wenn erforderlich, nach vorangegangener Begutachtung von Seiten des Stadtarztes zu confisciren.

Anmerkung: Der Fleischverkauf in Dorpat ist durch ein besonderes Ortsstatut geregelt, das in der Livländischen Gouvernements-Zeitung vom 9. März 1879 Nr. 28 veröffentlicht worden ist.

§ 7. Die Verkäufer solcher Erzeugnisse, welche nach Maß und Gewicht ohne Benützung der Stadtwaage verkauft werden, sind verpflichtet richtig gestempelte Maße, Gewichte und Handwaageschalen bei sich zu führen. Zur Abwägung schwerer Victualien und Producte ist auf dem Markte in einem besonderen Baue eine Waage errichtet, in welcher es Jedem gegen eine vom Verkäufer zu entrichtende gesetzlich festgestellte Gebühr freisteht, vor oder nach Abschluß des Handels die betreffenden Gegenstände abwiegen zu lassen. Die Stadtwaage ist zugänglich im Sommer Vormittags von 7—12, Nachmittags von 2—5; im Winter, Vormittags von 8—12, Nachmittags von 2—4.

§ 8. Während der Hegezeit, d. h. vom 1. März bis zum 29. Juni dürfen mit Ausnahme von Schnepfen und Birk- und Auerhähnen, kein frisch geschossenes oder gefangenes Wild und keine Singvögel zu Markte gebracht werden.

§ 9. Das zu Markt gebrachte Brennholz darf nicht fuderweise, sondern soll nach Sassen oder Arschin bei beliebiger Schnittlänge verkauft werden. Der Verkauf von Stroh, Heu und anderen Futterkräutern soll nur nach Gewicht stattfinden.

§ 10. Verabredungen der Verkäufer behufs Steigerung der Lebensmittelpreise werden bestraft. Der Ankauf von Lebensmitteln auf dem Markte im Großen während der Marktstunden ist verboten. Personen, welche notorisch dafür bekannt sind, daß sie sich damit beschäftigen, von den zu Markt kommenden Landleuten Lebensmittel en détail aufzukaufen, um selbige sofort auf dem Markte oder in ihren besonderen Verkaufslöcalen wieder feil zu bieten, wie namentlich Fleischer, Fischhändler und andere Victualienhändler, sind von dem Marktplatz fortzuweisen.

Anmerkung: Während der Marktstunde ist es streng verboten, auf der Straße die zum Markte geführten Lebensmittel von Fuhren zu kaufen.

§ 11. Das Zurücklassen von Kraut-, Knochen-, Fleisch-, Fisch- und anderen Abfällen ist untersagt. Der Verkäufer ist gehalten, solche Abfälle aufzuräumen und zugleich mit seinen etwaigen Handelsutensilien fortzuschaffen.

§ 12. Niemand darf den Anderen durch Zurückdrängen oder andere Weise in dem begonnenen Handel und Kauf stören. Wer in solcher Weise sich lästig macht, ist der gerichtlichen Bestrafung zu unterliegen, während dem, in seinem Kaufe etwa Geschädigten der Recurs an die competente Behörde gegen den Schuldigen offen gelassen bleibt. Das Handeln der einzelnen Käufer mit dem Verkäufer darf sich jedoch nicht über fünf Minuten erstrecken, widrigenfalls es Anderen freisteht, in den Handel einzutreten.

§ 13. Außer den Seitens der Stadt erbauten und vermiethten Buden dürfen ohne besondere Genehmigung der städtischen Verwaltung auf dem Markte oder am Embachufer keine Privatbuden oder Tische und Gestelle mit dem Zwecke, aus resp. von denselben Verkauf zu treiben, placirt werden. Der Hausir- sowie der ambulante Trödelhandel ist auf den, unter § 1 und 2 bezeichneten Platz beschränkt.

Anmerkung: Die Einweisung eines Platzes zum Trödelhandel außerhalb der Buden des kleinen Kaufhofes findet Statt nach Vorweis eines polizeilichen Zeugnisses über unbescholtenen Lebenswandel vom Stadtamte.

§ 14. Zur Vermeidung von Behinderung des freien Verkehrs auf den Straßen und Trottoirs dürfen weder die Inhaber von Buden noch die von festen Standplätzen Gegenstände irgend welcher Art außerhalb ihrer Buden oder angewiesenen Plätze ausstellen.

§ 15. Contravenienten gegen die Bestimmungen dieses Ortsstatutes werden einer Beahndung unterzogen in Grundlage der Gesetze.

Regeln für die Marktbeamten.

Erlassen von der Dorpat'schen St.-B.-B. und bestätigt vom k. v. Gouverneur in Grundlage Art. 111 der Städteordnung.

§ 1. Von dem Stadtamte werden als Marktbeamte angestellt ein Marktvogt und ein Marktdiener, der dem Marktvogte in seiner Wirksamkeit zur Hand zu gehen und dessen Anweisungen strict zu erfüllen hat.

§ 2. Der Marktvogt und der Marktdiener stehen unmittelbar unter dem Stadtamte und haben dessen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten.

§ 3. Der Marktvogt ist verpflichtet, jeden Morgen an Markttagen vor Beginn der Zufuhr sich auf dem Marktplatz einzufinden und darauf zu sehen, daß der Marktdiener auf seinem Platze ist, die Marktfahne zur Zeit aufzieht und abnimmt. Während der Marktzeit darf der Marktvogt, sofern sein Amt nicht solches erfordert, den Markt unter keinem Vorwande verlassen und zwar bei der Verwarnung, daß er in Contraventionsfällen das erste Mal mit einer Geldstrafe von 3 Rbl., das zweite Mal um das Doppelte dieser Pön, das dritte Mal mit Verlust seines Amtes gestraft wird.

§ 4. Der Marktvogt hat darauf zu achten, daß Victualien jeder Art, die zum Verkaufe nach der Stadt geführt sind, auf die in der Marktordnung bestimmten Plätze gebracht werden, zu welchem Behufe er die einzelnen Standplätze anzuweisen und darauf, zu sehen hat, daß die Fuhrer in besonderen Abtheilungen, je nach Art der Waaren, in gerader Linie sich neben einander stellen und zwischen jeglicher Linie hinlänglich Raum für die Käufer übrig bleibt. Die jeder Abtheilung des Marktplatzes zugewiesene Grenze darf nicht überschritten und die Passage für die Handelnden und das Publikum nicht gehemmt werden.

§ 5. Der Marktvogt ist verpflichtet, darauf zu achten, daß auf dem Markte aller Streit zwischen Käufern und Verkäufern vermieden werde. Sollte

dennoch ein Streit entstehen, der durch des Marktvogts Vermittelung nicht beigelegt werden könne, so hat derselbe die Streitenden an die Polizeibehörde zu verweisen. Namentlich hat er dafür Sorge zu tragen, daß Keiner dem Anderen in den Kauf falle und durch Zurückdrängen oder in einer anderen Weise den beabsichtigten Kauf und Handel störe. Der Marktvogt hat besonders die Aufkäufer, im Großen, so wie im détail betriebene zu ermitteln und in dieser Hinsicht notorisch bekannte Personen von dem Marktplatz zu entfernen, resp. auf den ihnen eingeräumten Platz zu verweisen, wenn sie Waaren feil zu bieten haben.

§ 6. Dem Marktvogte liegt ferner ob darauf zu achten, daß a) in den für den Lebensmittelverkauf bestimmten Buden und Plätzen keine anderen Gegenstände ausgestellt und verkauft werden; b) die Handelnden richtig gestempelte Maße und Gewichte gebrauchen; c) die Lebensmittel unverdorben, unverfälscht und unvermischt zu Markte gebracht werden; d) überhaupt die in der Marktordnung festgesetzten Bestimmungen in allen Stücken aufrecht erhalten und die Contravenienten der competenten Behörde zur Bestrafung vorgestellt werden.

§ 7. Hinsichtlich des vom Lande zu Markt gebrachten Brennholzes hat der Marktvogt darauf zu achten, daß der Verkauf desselben nicht fuderweise oder in umgestürzten Haufen statfinde, sondern mit geeglichem Maße betrieben werde.

Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung betreffend die Erhebung einer Steuer für die Stapelung von Waaren am Embachufer und anderen öffentlichen Plätzen vom 25. September 1881.

Publicirt in der k. v. Gouvernements-Zeitung vom 23. October 1881 Nr. 122.

Für die Stapelung von Waaren am Embachufer oder anderen öffentlichen Plätzen, sofern selbige nicht innerhalb drei Tagen abgeführt werden, ist eine Abgabe von drei Kopfen pro Quadratfaden eingenommenen Raumes für jeden weiteren Tag zu erheben.

Obligatorische Verordnung für die Einwohner Dorpat's über die Reinigung der Straßen.

Beschluß der St.-B.-B. vom 24. November 1881, publicirt in der k. v. Gouvernements-Zeitung, Jahrgang 1882, Nr. 6.

§ 1. Zur Reinigung der Straßen, Trottoirs, Rinnsteine, Straßengräben und öffentlichen Plätze sind die Besitzer der angrenzenden Häuser und Grundstücke, bez. deren Stellvertreter, verpflichtet. Die Art der Straßen-Anlage (Pflasterung, Chausstrug, Asphaltirung) macht hiebei keinen Unterschied. Die Verpflichtung bleibt auch dann bestehen, wenn die reinzuhaltende Fläche von dem verpflichteten Grundstücke durch eine Allee oder einen Graben getrennt ist, deren Instandhaltung und Reinigung von der Stadtverwaltung übernommen ist.

§ 2. Die Größe der zu reinigenden Fläche wird für das einzelne Grundstück bestimmt, einerseits durch die Straßenfronte desselben, andererseits durch die Mitte der Straßenbahn. Bei Grundstücken, die an einen öffentlichen Platz grenzen, erstreckt sich die Verpflichtung zur Reinigung bis auf 21 Fuß von der Frontlinie.

§ 3. Jeder Hausbesitzer ist verpflichtet, die Straße entsprechend den Grenzen seines Grundstückes rein zu halten. Die Reinigungs-Arbeiten müssen in der Zeit zwischen dem 1. April und 31. August bis 7 Uhr Morgens, in der Zeit zwischen dem 1. September und 31. März bis 9 Uhr Morgens beendet sein.

§ 4. Außer der Morgenreinigung sind auch im Laufe des Tages, sobald erforderlich, weitere Reinigungen vorzunehmen.

§ 5. Bei trockener Witterung ist vor dem Zusammenfegen des Kehrichts die zu reinigende Fläche mit Wasser zu besprengen.

§ 6. Während der Frost- und Schneezeit sind die Trottoirs täglich bis 8 Uhr Morgens von Schnee und Eis zu säubern und, wenn sie glatt sind, mit Sand zu bestreuen. Diese Arbeit ist auch im Laufe des Tages zu wiederholen, wenn Schneefall oder Glatteisbildung eingetreten sind. Die Rinnsteine sind von Schnee und Eis rein zu halten.

§ 7. Während der Schneezeit ist die Straßenfahrbahn durch Ausgleitung der sich bildenden Vertiefungen eben zu erhalten.

§ 8. Der auf den Straßen übermäßig sich ansammelnde, für die Schlittenbahn nicht erforderliche Schnee, sowie das vom Trottoir und den Rinnsteinen entfernte Eis und die von den Dächern abgestoßenen Schnee- und Eismassen sind in Haufen zu schichten und aus den engeren und frequenten Straßen binnen 24 Stunden, aus den anderen binnen 2 Mal 24 Stunden abzuführen. In keinem Falle darf Sand oder der mit solchem vermischte Schnee vom Trottoir auf die Fahrbahn gesetzt werden.

§ 9. Die auf den Dächern sich anhäufenden Schnee- und Eismassen sind von Zeit zu Zeit und namentlich sobald die Gefahr des Niedersturzes nahe rückt, fortzuschaffen. Bei Ausführung dieser Arbeit, welche in der Regel bis 10 Uhr Morgens beendet sein soll, ist Straße und Trottoir, soweit es die Sicherheit des Verkehrs fordert, zu sperren. Ist die Reinigung der Dächer zu anderer Zeit erforderlich, so hat der Hausbesitzer dem örtlichen Quartalloffizier zur Anordnung der nothwendigen Vorsichtsmaßregeln Anzeige zu machen.

§ 10. Bei Eintritt von Thauwetter ist das Schnee- und Eisbrechen auf den Straßen, nach Anordnung der Polizei, sofort auszuführen.

§ 11. Schnee, Eis, Kehricht und jeglicher Unrath dürfen nur auf die von der Stadtverwaltung, im Einvernehmen mit der Polizei, bestimmten und von der letzteren bekannt gemachten Plätze abgeführt werden. Zur Abfuhr auf private Grundstücke bedarf es der besonderen Genehmigung der Stadtverwaltung und der Polizei.

§ 12. Es ist verboten, auf die Straßen und Trottoirs Schmutzwasser zu gießen und Unrath aus Senkgruben, Pissoirs und Abtritten auszupumpen oder abzuleiten. Es ist endlich verboten, Wäsche, Equipagen, Geräth aller Art u. auf der Straße zu waschen.

§ 13. Aus Häusern und Anlagen, in denen ein besonders starker Wasserverbrauch stattfindet, wie aus industriellen Anstalten, Waschlüchen, Badstuben, Restaurationen, Gasthäusern u. ist das Verbrauchswasser in der Regel unterirdisch in die nächsten Entwässerungsanlagen zu leiten; nur ausnahmsweise kann mit besonderer Genehmigung der Stadtverwaltung eine oberirdische Ableitung durch die Rinnsteine gestattet werden.

§ 14. Wer obigen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird auf Grund des Strafgesetzes zur Verantwortung gezogen. Außerdem haben die Hausbesitzer, bezw. deren Stellvertreter, welche die Reinigung nicht gemäß den Bestimmungen dieses Ortsstatuts ausführen, die Kosten der für ihre Rechnung bewerkstelligten Reinigung zu tragen.

§ 15. Dieses Ortsstatut tritt mit dem Tage der Publication desselben in Kraft.

Vollmacht und Instruction für die Sanitäts-Inspectionen.

Beschluß der St.-R.-B. vom 29. October 1881.

1) Auf Grundlage dieser Vollmacht und Instruction hat der Inhaber derselben bei der ersten Inspection dem Hausbesitzer seine Befugniß zur Ueberwachung der sanitären Zustände in dem ihm überwiesenen Bezirk anzukündigen.

2) Die Sanitätsinspection betritt Wohnräumlichkeiten und Bodenräume nur bei besonderem Anlaß nach Einvernehmen mit dem Hausbesitzer. Als besonderer Anlaß dient der Verdacht auf gemeingefährliche Unsauberkeit, Entwicklung schädlicher Ausdünstungen, Ueberfüllung der Schlaf- und Arbeitsräume (Fabriken, Werkstätten und dergl. m.) Falls der Eintritt verweigert wird, ist dem Stadtmayor darüber zu berichten. Ungebührliches Verhalten von Seiten der Hausbesitzer und Einwohner wird ebenfalls zur Kenntniß des Stadtmayors gebracht.

3) Gegenstände der Inspection sind hauptsächlich Höfe und Gärten, Ställe, Hintertreppen und Keller, Aborte und Senkgruben, Ausgüsse und Schmutzbehälter. Besondere Aufmerksamkeit ist zu richten auf Räumlichkeiten, in denen geschlachtet wird oder Lebensmittel feilgeboten werden. Bei schlechter Beschaffenheit des Brunnenwassers ist vor Benutzung desselben als Trinkwasser zu warnen.

4) Hat die Sanitätsinspection gesundheitsgefährliche Zustände auf einem Grundstück oder in dessen Gebäuden wahrgenommen, so wird der Hausbesitzer, bezw. der Miethinhaber unter entsprechender Belehrung und Anweisung zur Abstellung der Mißstände aufgefordert. Bleibt die Aufforderung erfolglos, so wird darüber dem Stadtmayor berichtet, das bei der Polizeiverwaltung die erforderlichen Maßregeln, bezw. Bestrafung veranlaßt.

5) Die Inspection jedes Sanitätsbezirks findet dreimal jährlich statt und zwar im März, Juni und September, sofern nicht bei besonderen Veranlassungen außer jenen Terminen ein Umgang von dem Stadtamt angeordnet wird.

6) Bei jeder Inspection ist der Befund gesundheitsgefährlicher Dinge und Zustände in einem zu dem Zwecke besonders eingerichteten Journal zu verzeichnen, das nach jedem Umgange dem Stadtamt zur Wahrnehmung des Erforderlichen einzuliefern ist.

Obligatorische Verordnung zur Regelung des Milch-Verkaufes in der Stadt Dorpat.

Beschluß der St.-R.-B. v. 23. Februar 1882, publicirt in der Civl. Gouv.-Ztg. v. J. 1882 Nr. 26.

§ 1. Der Milchverkauf findet statt in ständigen Verkaufslöcalen und durch ambulante Verkäufer auf den Straßen und den Märkten.

§ 2. Als ständige Verkaufslöcale werden nur gestattet steinerne, gewölbte, oder mit flutaturter Lage versehene, trockene, kühle Kellergeschosse mit Dielen aus Asphalt, Cement, oder mit Cement verbundenen Ziegelsteinen. Die Wände müssen mit Delfarbe oder alljährlich frisch mit Kalk bestrichen sein.

Um eine gleichmäßig-kühle Temperatur, die nicht über $+10^{\circ}$ Reaum. steigen soll, herzustellen, sollen die Fenster klein, doch genügend groß sein, um den ganzen Raum, soweit erforderlich, zu erhellen. Tische und Bänke sind mit heller Delfarbe zu streichen.

§ 3. In den ständigen Verkaufslöcalen dürfen keinen Milch und Schmand nur Butter, Käse, Eier und Brod feil geboten werden.

Anmerkung. Die Säuerung von Milch darf nicht in Wohnräumen stattfinden.

§ 4. Die Wohnung des Milchhändlers muß von dem Verkaufslöcale geschieden und, falls sie neben demselben sich befindet, durch eine massive Steinwand von derselben getrennt sein. Die Verbindung dieser Räumlichkeiten soll nur durch eine Thür vermittelt sein, die nicht von größerer Dimension sein darf, als zum Durchgange eines Menschen erforderlich ist. Das Verkaufslöcal darf zu keinem anderen Zwecke in Gebrauch gezogen werden, auch nicht zum Aufenthalt von Personen, die etwa daselbst speisen, trinken, rauchen u. s. w.

§ 5. Die Gefäße, in denen die Milch gehalten wird, sind aus Porzellan, Steingut, Glas oder Holz, allenfalls auch aus Zinkblech oder gut verzinnem Eisen- oder Kupferblech herzustellen, mit festen Nummern, entsprechend der Qualität des Inhalts, zu versehen und stets sauber zu halten. Gefäße mit Spuntlöhern sind nur gestattet, wenn zugleich eine geräumige Oeffnung, mittelst welcher die Reinigung, resp. Controлле derselben möglich wird, an denselben angebracht ist.

Die Preise sind nach einem bestimmten Formular an einem sichtlichen Orte des Verkaufslöcals anzuschlagen. Die in offenen Gefäßen stehende Milch ist durch ein Drahtnetz oder eine ähnliche Vorrichtung zu schützen.

Anmerkung. Schmand wird mit Nr. 1, ungeschmändete Milch mit Nr. 2, geschmändete Milch mit Nr. 3, ungeschmändete saure Milch (Schmandbütte) mit Nr. 4, gekästete Milch (Twarot) mit Nr. 5, flüssige saure Milch (sogen. saure Stofmilch) mit Nr. 6 bezeichnet.

§ 6. Die Milch muß in der Qualität der auf dem Gefäß verzeichneten Nummer entsprechen und frei von ungehörigen Beimischungen und Verfälschungen sein.

§ 7. Die im § 5 getroffenen Bestimmungen, betreffend die Gefäße, in denen die Milch zum Verkauf gebracht wird, sind auch für die ambulanten Verkäufer maßgebend.

§ 8. Sowohl die ständigen als die ambulanten Verkäufer haben bei Vetreibung ihres Geschäftes in sauberer Kleidung zu erscheinen.

§ 9. Contraventionen gegen dieses Ortsstatut für den Milchverkauf werden in Grundlage der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen bestraft.

Diese obligatorische Verordnung tritt in Kraft mit dem 1. Jan. 1883.

Obligatorische Verordnung zur Regelung des Bauwesens in der Stadt Dorpat.

Von der Dörptschen St.-R.-B. erlassen auf Grund des Art. 103, Pct. 1. 3. 4. 9. 10. 11 der Städteordnung.

§ 1. Während des Baues oder der Reparatur des Gebäudes dürfen Straßen oder öffentliche Plätze nicht weiter, als höchstens bis zur Hälfte und nicht über die Längen-Ausdehnung des Grundstücks hinaus durch Baugerüste und Baumaterialien eingenommen und nicht dergestalt verengt werden, daß die Passage dadurch abgesperrt wird. Hiervon kann nur eine Ausnahme in Folge zwingender Lokalverhältnisse und dann auch nur auf möglichst kurze Zeit gemacht werden und ist die Genehmigung der Polizei-Verwaltung zuvor einzuholen.

§ 2. Nothzäune, welche in Veranlassung eines Baues für Materialien und dergleichen auf der Straße oder an derselben errichtet werden, müssen dicht aus Brettern oder Schalen, mit den nöthigen Einfahrten versehen, wenigstens 6 Fuß hoch aufgeführt sein. Laternen sind an denselben zu befestigen und, wo es die Localität gestattet, muß ringsum ein Fußweg von wenigstens zwei Fuß Breite angebracht werden. Innerhalb dieser Umzäunungen haben alle Arbeiten ohne Schädigung der ersteren stattzufinden. Die Straße darf über dieselben hinaus weder zur Stapelung noch zur Zurichtung irgend welchen Materials benutzt werden.

§ 3. Bei jedem Bau, bei welchem Ausgrabungen stattfinden, oder bei welchem durch herabfallende Gegenstände die Vorübergehenden gefährdet werden können, sind Umzäunungen des Platzes oder Baugerüste herzurichten. Zur Nachtzeit sind an allen für die Passage gefährlichen Stellen Wächter und mit eintretender Dunkelheit Laternen zu placiren. Bei Uebertretung der in den §§ 11

und 12 enthaltenen Bestimmungen hat die Polizei das Erforderliche von sich aus anzuordnen.

§ 4. Die Ufer des Embachs dürfen in einer Breite von mindestens 5 Faden weder mit Gebäuden noch Gärten oder sonstigen Anlagen bebaut werden. Ausnahmen von dieser Bestimmung können vom Stadtamte nur im öffentlichen Interesse und nur soweit zugelassen werden, als das Freilassen des Embachufers in einer Breite von weniger als 5 Faden keine Beeinträchtigung der Schifffahrt und Holzflößenden begründet.

§ 5. Grundplätze, die nicht einen genügenden Raum gewähren, um einen Hof nebst erforderlichen Einfahrten anzulegen, dürfen nicht bebaut werden. Offene Einfahrten dürfen nicht unter 10 Fuß Breite, Einfahrten unter den Häusern (welche in diesem Falle von Stein sein müssen) dürfen nicht unter 9 Fuß Breite, bei einer Höhe von 10 Fuß bis zur Kämpferlinie, enthalten und müssen überwölbt sein. Es darf der Hof bei 2 Etagen hohen Häusern in keiner Richtung weniger als 3 Faden Länge, bei mehr als 3 Etagen hohen Häusern nicht weniger als 4 Faden betragen. Ausnahmen davon, wie z. B. bei Lichthöfen, sind bei massiv steinernen Häusern zu gestatten.

§ 6. Den Grundeigenthümern ist es freigestellt, umfangreiche Bauplätze und Höfe zu theilen und getheilt zu verkaufen, doch darf jedes selbstständige Grundstück nicht weniger als 7 Faden Länge an der Straße betragen, auch muß jeder Theil, falls er bebaut werden soll, den im § 5 bezeichneten Bedingungen entsprechen.

§ 7. Öffentliche Gebäude, insbesondere Kirchen, müssen von allen Anbauten frei bleiben. Höfe und Gärten an der Straße oder an Promenaden sind mit Veräunungen zu versehen, die eine Höhe von 10 Fuß über dem Niveau des Fußsteiges, beziehungsweise der Promenade, nicht überschreiten dürfen.

§ 8. Die Häuser an den Straßen und öffentlichen Plätzen müssen entweder an der von der Stadt-Baubehörde festgestellten Linie stehen, oder mindestens 2 Faden zurücktreten, in welchem letzteren Falle die Straßenlinie durch einen leichten durchbrochenen Zaun oder eine wohlgepflegte Hecke hergestellt werden soll.

§ 9. Die Veräunung zwischen den Baulichkeiten zweier angrenzenden Grundstücke oder desselben Grundstückes ist nach einer Facade herzustellen.

§ 10. Es ist gestattet, vor den Eingängen eine Vorstufe an der Straße anzulegen, doch darf dieselbe ohne besondere Erlaubniß nicht mehr als 11 Zoll auf den Fußsteig hervorspringen. Die bestehenden großen Vortreppen, Vorbauten, resp. Vorstufen, welche dieser Vorschrift nicht entsprechen, müssen nach Möglichkeit, immer aber beim Umbau des Hauses und jedenfalls spätestens im Verlauf von 10 Jahren nach Einführung dieser Bauordnung entfernt werden, sofern nicht die Baubehörde aus besonderen Gründen die Beibehaltung derselben für zulässig erachtet.

§ 11. Kellerhöfse oder Lufen, welche über die Frontlinie des Hauses hinaus auf den Fußsteig reichen, dürfen nicht angelegt werden. Die Kellerhöfse und Lufen, welche gegenwärtig schon bestehen und dieser Vorschrift nicht entsprechen, müssen bei dem Umbau der betreffenden Häuser und jedenfalls spätestens nach Verlauf von 10 Jahren, in Gemäßheit dieser Vorschrift, abgeändert werden, sofern nicht die Baubehörde aus besonderen Gründen die Beibehaltung derselben für zulässig erachtet. Solche sind indessen bei ihrem jedesmaligen Deffnen mit einem dazu in Bereitschaft gehaltenen transportablen Geländer von wenigstens 3 Fuß Höhe zu umstellen. Fensterkränze dürfen nicht mehr als zwei Fuß in die Straße vorragen und müssen jedenfalls mit einem gußeisernen Gitter bedeckt sein.

§ 12. Alle vorspringenden Theile oder Facaden, Sockelvorsprünge und dergleichen, ebenso Schaufenster und Vorbauten, sind nur da gestattet, wo das Trottoir über 3 Fuß Breite hat, und dürfen nicht mehr als 8 Zoll vor die angewiesene Facadenlinie vortreten.

§ 13. Balkons, temporaire und permanente Wetter- und Sonnendächer und dergleichen an der Straßencorridor hervortretende Vorsprünge dürfen nicht über die Breite der Trottoire hinausgehen und müssen eine Entfernung von 5 Fuß von der Nachbargrenze haben und vom Niveau des Fußsteiges um 10 Fuß entfernt bleiben.

§ 14. Thorflügel dürfen nicht auf die Straße hinaus schlagen. Bei steinernen Gebäuden dürfen die Thüren, Läden und Fenster bis zur Höhe von 7 Fuß über dem Fußsteig sich nicht nach Außen öffnen. Wo diese Einrichtung bei hölzernen Gebäuden nicht möglich sein sollte, müssen die Thorflügel, Läden u. beim Deffnen dicht an das Gebäude sich anlegen und an dasselbe befestigt werden. Die Ausgangsthüren aller zu Massenversammlungen bestimmten Gebäude müssen sich nach Außen öffnen.

§ 15. Bei den in den Dächern und Bodenträumen angebrachten Deffnungen sind die Läden, Lufen und Fenster so einzurichten, daß sie beim Deffnen in die Gebäude hineinschlagen.

§ 16. Die Anlage von Ställen und Düngerstätten nach der Straßenseite ist nicht gestattet, ebenso wenig dürfen Ausgänge oder übelriechende Abflüsse aus den Häusern auf die Straße geleitet werden.

§ 17. Alle Gebäude müssen zur Straße feuerfeste Dachrinnen erhalten; solche Gebäude, deren Dachflächen eine Neigung nach der Straße haben, müssen zugleich auch mit Abfallröhren versehen sein, welche bis auf 1 Fuß vom Trottoir hinabreichen. Das herabgeleitete Wasser muß durch eine Rinne im Trottoir nach dem Straßenrinnstein fortgeführt werden.

§ 18. Steinernen Gebäude an der Straße haben sich in ihrer Höhe vom Trottoir bis zum Karnis nach der Breite der anliegenden Straße zu richten. Wo die Straße weniger als 30 Fuß Breite (von Haus zu Haus gerechnet) hat, da dürfen keine Häuser von mehr als 3 Stockwerken erbaut werden; bei einer Straßenbreite von 30 Fuß und mehr sind 3 und mehrstöckige bis zur

Höhe von 11 Faden, vom Trottoir bis zum Karnis gerechnet, erlaubt. Dachwohnungen in steinernen Gebäuden werden nicht als Stodwerk gerechnet.

§ 19. Für den Bau von hölzernen Gebäuden gelten folgende Regeln:

1) die Gebäude dürfen nur auf steinernen Fundamenten und Sockeln aufgeführt werden und müssen erstere bei gutem Baugrund und einem Stod Höhe eine Tiefe von mindestens $2\frac{1}{2}$ Fuß, bei 2 Stod Höhe aber eine Tiefe von wenigstens $3\frac{1}{2}$ Fuß haben. Ist jedoch der Baugrund wässrig oder morastig, so muß das Fundament des Gebäudes auf einem Balkenrost ruhen, welcher in jedem Falle mindestens 6 Zoll unter dem niedrigsten Grundwasser-niveau anzuordnen ist;

2) die sogenannte Sockelhöhe, d. h. die Höhe vom Straßenpflaster oder Straßenniveau bis zum Grundbalken muß bei allen hölzernen Gebäuden mindestens 2 Fuß betragen;

3) die Außenwände ein- und zweistöckiger hölzerner Gebäude müssen eine Stärke von mindestens 7 Zoll haben und zwar nachdem die Balken beschnitten oder behauen sind. Bei inneren Wänden genügt eine Stärke von 6 Zoll;

4) sogenannte Fachwerkwände, bei welchen eine Vermauerung der Zwischenräume des Ständerwerks mit einem $\frac{1}{2}$ Stein Mauerwerk ohne innere oder äußere Bekleidung besteht, sind nur statthaft auf steinernem Fundament für einstöckige Nebengebäude, als Stallungen und andere und unbewohnte Gefasse;

5) es ist gestattet, auch die Außenwände eines Wohngebäudes aus Fachwerk mit Ausmauerung zu construiren. In diesem Falle muß dasselbe aber nicht nur zwischen den Ständern ausgemauert werden, sondern es muß auch ein sog. Verblendungsmauerwerk erhalten, d. h. Ausmauerung des Ständerwerks auf einen ganzen Ziegel, so daß das Mauerwerk die Ständer nach der äußeren Seite umschließt. Bei dieser Construction erhält die äußere Wand eine innere Bekleidung von 1 Zoll starken Brettern und Rohrstuck mit Belassung eines Zwischenraumes von $1\frac{1}{2}$ Zoll zwischen Mauer und Bekleidung. Die äußere Bekleidung muß mit gleicher Belassung vorbezeichneten Zwischenraumes aus $1\frac{1}{2}$ Zoll starken gespundeten Brettern ausgeführt werden;

6) soll das vorgenannte Fachwerk nicht ausgemauert, sondern als Hohlwand mit Holzausfüllung construirt werden, so darf dies nur in der Weise geschehen, daß die einzelnen Fächer in der Tiefe (Stärke der Ständer) mit stehenden Balken oder mit stehenden, scharf gefügten 2 Zoll starken Planken, welche in den einzelnen Fugen und den Umfassungen der Fächer sorgfältig kalafatirt sind und auf den einzelnen Fugen genagelte Leisten besitzen, ausgefüllt werden. Auf dies derartig construirtes Fachwerk wird dann die in Punkt 5 beschriebene innere und äußere Bekleidung, erstere mit Rohrstuck oder Pappe angeordnet. Beide Bekleidungen sind durch einen mindestens $1\frac{1}{2}$ Zoll breiten Zwischenraum zu trennen. Die Stärke der bearbeiteten Fachwerkständer muß für die Außenwände, in beiden Fällen (Pkt. 5 und 6) mindestens 7 Zoll Quadrat betragen, wobei das ganze Fachwerk gehörig verriegelt und verstrebt sein, in jedem Falle aber doppelt vom Fundament durch Pappe u. isolirte

Grundschnellen besitzen muß. Eine Vermehrung der Hohlräume ist bei Beobachtung der übrigen im Pkt. 6 erwähnten Bedingungen zulässig;

7) Innere untergeordnete Scheidewände können sowohl bei Holz- wie bei Stein Gebäuden aus in Pkt. 4 und 5 beschriebenen Fachwerk construirt werden, wobei jedoch, außer erwähnter Holzfüllung und zweiseitiger 1 Zoll starker doppelter Schalung mit Rohrstuck, einzig und allein nur guter trockener Kalkschutt (Pauschutt) verwandt werden darf;

8) hölzerne Wohngebäude, ob gekastet oder aus Fachwerk, dürfen in keinem Falle höher als 2 Etagen oder 28 Fuß vom Sockel (Grundschnelle) bis zur Traufkante des Daches ausgeführt werden. Einrichtung von Mansarden und Siebelwohnungen in zweistöckigen hölzernen Gebäuden ist verboten.

§ 20. Es wird dem Ermessen des Bauenden anheim gegeben, die Construction der Dächer den klimatischen Verhältnissen, so wie den gebräuchlichen, durch die Bauordnung gestatteten Materialien angemessen, zu wählen, d. h. Pappdach, Ziegeldach mit Verstreichung, Blechdach, Schieferdach. Schindel- und Bretterdächer sind dagegen nicht erlaubt.

§ 21. An der Straße belegene Baulichkeiten, Bäume, Pforten dürfen nicht mit grellen, dem Auge schädlichen Farben, namentlich nicht weiß gestrichen werden. Wenn ein Haus in verschiedenen Farben bemalt werden soll, so muß solches auf der zur Bestätigung vorgestellten Facade angegeben sein. Steinerne an der Straße belegene Gebäude sind, falls sie nicht als Rohbau concessionirt worden, spätestens innerhalb 4 Jahren nach Herstellung des Baues zu verputzen resp. zu tünchen. Diese Bestimmung hat rückwirkende Kraft.

§ 22. Salzkeller müssen eine von der Mauer abgehende Holz-Bekleidung erhalten. Kellergeschosse dürfen bei Holz- wie bei Steinhäusern nur dann zu Wohnungen eingerichtet werden, wenn deren Fußboden mindestens 2 Fuß über dem Niveau der Straße liegt. Auch müssen die Mauern und Fußböden solcher Kellerwohnungen gegen das Eindringen und Aufsteigen der Erdfeuchtigkeit mittelst Drainage, Pappe, Asphalt, Glas, Blei oder andere Vorrichtungen geschützt werden.

§ 23. Bei jedem Wohngebäude, gleichgültig ob aus Holz oder Stein erbaut, muß nach Möglichkeit für die Anlage warmer und zugloser Abtritte gesorgt sein, wobei hauptsächlich auf Folgendes zu sehen ist: a) daß der Unrath in wasserdichten, von allen Seiten verschlossenen Behältern, welche sich außerhalb des Fundaments mit Isolirung von demselben befinden müssen, aufgenommen wird; b) daß der Unrath aus diesen Behältern möglichst bequem entfernt werden kann; c) daß die Dünste und Gase des Unraths nach Möglichkeit abgeleitet und unschädlich gemacht werden und zwar durch möglichst directe Canalverbindung der Privatgrube mit dem nächsten, besonders mit dem Röhrenschornstein und durch Anlage von Kaminen mit vorgehen. Canalverbindung. Wo der Abzug aber nur in einen Schornstein geleitet werden kann, dessen Luftsäule nur im Winter erwärmt wird, muß der Schornstein in dem untenstehenden Stodwerk oder Keller mit einer Heizvorrichtung und Roß ver-

sehen sein, um die Luftsäule des Schornsteins auch im Sommer kräftig erwärmen zu können.

Anmerkung. Sogenannte perpetuirliche Abtritte sind nicht gestattet.

§ 24. Abtritte, welche außerhalb des Wohngebäudes in dessen nächster Nähe angelegt werden, dürfen nicht ohne besondere Erlaubniß der Nachbarn und Einräumung als Servitut in einer Entfernung von weniger als 3 Fuß von der Straße und von mindestens 5 Fuß von der Grenze des Nachbarn angelegt werden, es sei denn, daß dieser an der entsprechenden Stelle selbst ein Privat besitzt. Alle Senkgruben müssen tiefer liegen, als die Sohle der nächst belegenen Keller. Bei steinernen Senkgruben müssen die Umfassungsmauern derselben entweder mit sogenanntem hydraulischen Kalk oder Cement gemauert und gedichtet, oder aber mit einem hölzernen, in die Grube zu versenkenden oder transportablen, kalfaterten und gepichteten Kasten, und die Senkgrube außerhalb mit bequemer Abfuhr versehen sein. Falls die Senkgrube nicht überwölbt oder mit befestigtem Verschlusse versehen ist, muß dieselbe mit Bohlen belegt werden, die wenigstens 1 Fuß unter dem Pflaster zu liegen kommen. Bei jeder Grube, ob Holz oder Stein, ist aber sowohl der Fußboden der Grube, als auch deren Umfassungswände (Mauern) vom umliegenden Erdreich mittelst einer wenigstens 6 Zoll starken Lehmschicht zu isoliren und müssen die Luftreinigungs-Gänge über das Dach des Hauses hinausgehen.

§ 25. Das Dunst-Ableitungsröhr kann aus Holz, glasiertem Thon, Metall oder Stein angefertigt sein. Die sogenannten Abfallröhren, welche ebenfalls aus vorgenannten Materialien auszuführen sind, müssen jedoch wenigstens 3 Zoll von der nächsten Umfassungswand oder Mauer abstehen. Thonröhren in die Mauer einzulassen, ist gestattet. Ist das Röhr aus Holz gefertigt, so muß es eine Umkleidung erhalten, gehörig verkalfatert und verpicht sein und in einer Entfernung von 5 Fuß mit eisernen Ziehbändern oder Ringen versehen werden.

§ 26. Isolierte, auf dem Hofe stehende Abtritte sind zwar zu dulden, sie müssen aber ebenfalls geschlossene und wasserdichte Senkgruben haben, wie sie im § 24 ausgeführt sind. Auch diese Abtritte müssen, wenn thunlich, durch ein Abzugsröhr mit dem nächsten Schornstein des Wohngebäudes in Verbindung gesetzt, oder aber mit einem eigenen, über das Dach des Abtritts hinausgehenden Holz-Abzugsröhr versehen sein.

§ 27. Für die Wirksamkeit der Feuerlöschgeräthe ist auf jedem zu bebauenden Grundstück ein freier Hofraum zu belassen: a) in dem Rayon der Steinbauten ist bei Neubauten und, soweit möglich, auch bei vollständigen Umbauten ein Hofraum von mindestens 21 Fuß Länge und Breite frei zu lassen (cf. 5); b) in den übrigen Stadttheilen muß jeder Grundplatz einen unbebauten völlig freien Hofraum von mindestens 16 Q.-Faden haben; doch ohne besondere Erlaubniß nicht unter 4 Faden Minimal-Dimension.

Die Höfe dürfen nur mit feuerfestem Material gebrückt, keinesfalls aber mit Brettern gebiegt werden.

§ 28. Jeder Hof muß von der Straße oder dem öffentlichen Platz, an dem er gelegen ist, eine Einfahrt erhalten. Thorwege unter den Häusern müssen wenigstens 9 Fuß breit und 10 Fuß hoch sein. Offene Zufahrten dürfen nicht unter 10 Fuß Breite angelegt werden. Bei überbauten Durchfahrten müssen die Seitenwände massiv, die Durchfahrt selbst aber überwölbt sein (cf. § 5).

§ 29. Jedes Gebäude muß einen Ausgang zur Straße haben. Gebäude, welche 100 Fuß und mehr Länge in die Fronte haben, müssen 2 Ausgänge nach der Straße erhalten.

§ 30. Um zu allen Gebäuden, welche auf einem Grundstück belegen sind, gelangen zu können, muß zu denselben eine freie Zufahrt von mindestens 10 Fuß Breite offen bleiben.

§ 31. Steinernen Gebäude dürfen in beliebiger Länge, ohne Zwischenräume neben einander und hart an den Grenzen aufgeführt werden, jedoch müssen Gebäude, die auf den Grenzen verschiedener Grundplätze liegen, ein jedes für sich eine selbstständige Grenze oder Umfassungsmauer und im Dache eine selbstständige Brandmauer haben. In ausgedehnten Gebäuden sind wenigstens von 84 zu 84 Fuß besondere Brandmauern anzulegen. In denjenigen Gebäuden, deren Bestimmung nachweislich einen größeren freien ungetrennten Bewegungsraum erfordert, ist eine größere Ausdehnung als 84 Fuß zu gestatten.

§ 32. Die Umfassungs- oder Grenzmauern steinerner Gebäude, Mauern, welche die Verbreitung des Feuers verhindern sollen (Brandmauern), oder an denen Feuerungen liegen (Feuermauern), Wände an Treppen und inneren Hauptmauern, an denen Balken ruhen, müssen von Grund aus massiv aufgeführt werden. Die Außen- und Umfassungswände hölzerner und ebenso die Grenz- und Brandmauern steinerner Gebäude, welche an der Grenze eines nachbarlichen Hauses oder Grundstückes liegen, oder weniger als 3 Fuß von derselben entfernt sind, dürfen zur Grenze hin keinerlei Oeffnungen haben. In Wänden, welche nur theilweise zu Feuermauern dienen und nicht zugleich Brandgiebel bilden, sind Oeffnungen nach Ermessen der Baubehörde, in der gehörigen Entfernung von der Feueranlage gestattet. Die Stärke einer Grenz- und Brandmauer darf nirgend weniger als die Länge von $1\frac{1}{2}$ Ziegel betragen; jedoch, wo Holzwände auf eine solche Mauer stoßen, muß diese noch um einen halben Ziegel verstärkt werden. Eine Brandmauer muß über die Dachfläche des Hauses mindestens um $1\frac{1}{2}$ Fuß hervorragen, und in dieselbe dürfen keinerlei Holztheile, wie Balkenköpfe und dergleichen eingelassen sein.

§ 33. Im Innern steinerner Gebäude brauchen die Wände, auf denen keine Balken ruhen und welche weder zu Schornsteinen dienen, noch Brandmauern bilden, nicht massiv aufgeführt zu werden, müssen aber mit Kalkbewurf versehen sein.

§ 34. In steinernen Wohngebäuden muß jeder für sich bestehende Wohn- oder heizbare Ort oder Raum durch eine feuerfeste Treppe erreicht werden können, die entweder aus Eisen ohne Holzbekleidung, oder aus Stein, mit und ohne Holzbekleidung, construiert, von massiven Wänden umschlossen und mit steinernen

Bodesten versehen ist. Die Decken müssen überwölbt sein; hölzerne Verschläge unter Treppen sind verboten. In Gebäuden, welche über dem 1. Stock einen ausgedehnten anderen bewohnbaren Raum aus Holz haben, müssen wenigstens 2 Treppen vorhanden sein; die Treppen in dem steinernen Theil des Hauses sollen aus feuerfestem Material bestehen.

§ 35. In größeren Gebäuden muß jeder Flügel von mehr als 12 Faden eine feuersichere Haupt- und Nebentreppe erhalten. Desgleichen müssen in öffentlichen Gebäuden, in deren oberen Geschossen zahlreiche Versammlungen stattfinden, alle Treppen feuersicher konstruirt sein.

§ 36. Dachbedungen müssen aus feuerfestem Material, d. h. Metall, Schiefer, Ziegeln, ausgeführt werden, desgleichen Dachrinnen, Abfallröhren und sogenannten Wetterdächer. Die vorhandenen Bretterdächer dürfen nicht reparirt werden und müssen spätestens im Laufe von 6 Jahren, nach Einführung dieser Bauordnung beseitigt sein. In dem Rayon der Holzbauten ist es gestattet, auch für Wohngebäude Pappe zu verwenden; Schindel oder sogenannte Pergeldächer sind in keinem Falle statthaft.

§ 37. Abhängeleiter dürfen nicht auf die Straße geleitet werden.

§ 38. Jedes Grundstück, welches mit einem Wohnhause bebaut ist, muß, wenn es nicht wegen der Bodenbeschaffenheit unmöglich sein sollte, entweder einen Brunnen, Pumpe oder die Mündung einer Wasserleitung haben. Bei größeren Grundstücken, die mehr als einen geschlossenen Hof haben, ist auf jedem Hof ein besonderer Brunnen anzulegen.

Brunnen müssen mit einem Deckel oder mit einem Pumpenstock versehen sein.

§ 39. An Stelle der Brunnen können auf den Grundstücken, wo die städtische Wasserleitung vorüberführt, den Feuerlöschzwecken entsprechende Wasserstöcke angebracht werden.

§ 40. Alle Feuerungsstätten, Herde, Essen und dergleichen müssen brand-sicher, d. h. aus feuerfestem Material ausgeführt und von allen Holztheilen, wie unten genauer angeführt, gehörig entfernt angelegt werden. Auch darf Niemand Öfen, Küchenherde und andere Feuerungsstätten unmittelbar an der Mauer eines fremden Hauses errichten.

§ 41. Küchenherde dürfen nur an einer Brand- oder Feuermauer errichtet werden und alle Fachwerk- und Holzwände und die Decken in den Küchen sind zu bohren und zu beputzen. Öfen und Feuerungsstätten dürfen nicht an Fachwerke oder Holzwände gelehnt werden, sondern müssen wenigstens um einen halben Fuß von denselben abstehen, — oder es ist an der Stelle, wo eine Feueranlage hinkommen soll, die Wand bis auf einen Fuß vom Ofen oder der sonstigen Feuerungsstätte auszuschnitten und mit Ziegel auszufüttern.

§ 42. Öfen zur Heizung mit erwärmter Luft und ähnliche Feuerungsanlagen dürfen nur auf gemauerten Fundamenten innerhalb eines mit massiven Wänden umschlossenen und umwölbten Raums errichtet werden. Die Leitung

der erwärmten Luft ist nur in feuersicheren Röhren gestattet, welche gleich den Schornsteinen von allem Holzwerk entfernt bleiben müssen.

§ 43. Der Herd einer Feuerungsstätte muß, wenn er auf einer hölzernen Unterlage zu stehen kommt, welche wenigstens 6 Zoll stark sein muß, von dieser durch eine eiserne Platte oder ein massives Fundament von mindestens 3 Zoll und durch eine Luftschicht oder einen freien Zwischenraum von wenigstens 6 Zoll getrennt oder isolirt sein.

§ 44. Von einer hölzernen, mit Kalk oder Gyps beworfenen Zimmerbede muß die obere Kante eines Ofens wenigstens um 1 Fuß, von einer unbeworfenen Decke aber mindestens $1\frac{1}{2}$ Fuß entfernt bleiben.

§ 45. Bei Küchen oder offenen Feuerungen ist über die Feuerung eine gewölbte Kappe auf Stein- oder Eisenstützen anzubringen. Bei Küchen mit verdeckten Herden, den sogenannten englischen, ist keine Kappe erforderlich. Wird dieselbe jedoch angebracht, so muß sie aus feuerfestem Material konstruirt sein.

§ 46. Vor den Heizlöchern der Küchenherde, Kamine und Öfen ist der Fußboden mit Eisenblech, Ziegeln oder Steinplatten zu decken. Diese Bedeckung muß mindestens $1\frac{1}{2}$ Fuß breit und zu jeder Seite um 1 Fuß länger als das Heizloch sein.

§ 47. Schornsteine dürfen in keinem Falle auf einer Balken-Unterlage oder einem Ofen stehen, sondern müssen immer von Grund aus fundirt, die Wände des Schornsteins aber mindestens einen halben Ziegel stark sein; Schornsteine dürfen nicht mit Lehm, sondern müssen mit Kalk gemauert und damit innen und außen verputzt sein. In steinernen Gebäuden sind die Schornsteine, wo die Disposition es erlaubt, in Capital-Mauern oder an solchen aufzuziehen.

§ 48. In der Regel sind Schornsteine lothrecht anzulegen, jedoch in oder an massiven Mauern von zwei Ziegeln und mehr Stärke, können sie mit der Mauer verbunden, auch geschleppt werden. Die Richtung der geschleppten Röhren muß mit der Horizontalinie einen Winkel von wenigstens 45 Grad bilden. Das Schleppen der Schornsteine durch und auf Holz, sowie die Aufstättelung und Unterstüßung derselben durch Balken, Wechsel etc. oder überhaupt durch brennbare Constructionstheile ist verboten.

§ 49. Die Wände der Schornsteine müssen mindestens 6 Zoll stark sein und mit der äußeren Fläche von allen Holztheilen wenigstens 6 Zoll entfernt bleiben. Der dadurch entstehende Zwischenraum ist in den Decken und Lagen zu vermauern.

§ 50. Zwischen nebeneinander laufenden Schornsteinen darf kein Balken durchgeführt werden, selbst dann nicht, wenn derselbe mit einem halben Ziegel verblendet wird.

§ 51. Die Schornsteine und Feueröfen müssen über die Dachfläche hinaus wenigstens 3 Fuß, nach Maßgabe der Lage des Gebäudes aber noch höher aufgeführt werden.

§ 52. Für Kaminheizungen und offene Küchenherde müssen für jede Etage selbstständige Rauchröhren aufgeführt werden.

§ 53. Die Schornsteine müssen so eingerichtet sein, daß sowohl die Reinigung derselben, als auch die Beseitigung des ausgelehrten Russes bequem stattfinden kann. Vom Bodenraum aus ist ein bequemer Zugang zu den Schornsteinen durch Lufen im Dach herzustellen und an geeigneten Stellen, jedoch nicht im Bodenraum, sind die Thüren zur Fortschaffung des Russes anzubringen. Wo Kellergeschosse, hohe massive Unterbauten zc. vorhanden, sind die Reinigungsthüren der Schornsteine hier anzubringen. In jedem Falle müssen die Reinigungsthüren der Schornsteine derartig angelegt sein, daß stets eine möglichst schnelle und bequeme Fortschaffung des Russes vor sich gehen kann. Jeder Schornstein muß mit einer Reinigungsthür und mit einem sogenannten Sack, womöglich im Unterbau oder Kellergeschoß, versehen sein.

54. Die Form des Querschnittes der Schornsteine von Stubenöfen und geschlossenen Feuerungen, so wie überhaupt solcher Schornsteine, durch welche Rauch allein und nicht zugleich Dämpfe abgeleitet werden, kann rechtwinklich oder rund sein; ihre lichte Weite oder beziehungsweise der Durchmesser darf nicht weniger als 6 Zoll betragen; bei Küchen-Schornsteinen, welche zugleich zur Dampfableitung dienen, ist der Querschnitt in keinem Falle unter 10 Zoll zu bemessen.

55. Eisene Rauchröhren, die aus Defen oder Feuerungen zu Schornsteinen führen, müssen entweder aus dopppeltem Eisenblech mit einem Zwischenraum von $1\frac{1}{2}$ Zoll construirt sein, oder mit Dachpfannen, Lehm oder Thon umfüttert werden und dürfen nicht weniger als $1\frac{1}{2}$ Fuß unter und nicht weniger als 1 Fuß, über, oder neben Holz vorbeigehen. Auch sind sie mit Vorrichtungen zum Reinigen zu versehen und in Räumen, in denen leicht entzündliche Gegenstände aufbewahrt werden, garnicht zu gestatten.

§ 56. Räucher-Kammern dürfen nicht auf einer Balkenanlage ruhen und müssen ganz massiv aufgeführt und mit eisernen Thüren versehen sein.

§ 57. Schornsteine, welche durch Gelasse führen, in denen leicht entzündliche Gegenstände aufbewahrt werden, oder durch Bodenräume, die als Ablegekammern für Hausgegenstände dienen, sind in einer Entfernung von $1\frac{1}{2}$ Fuß mit einem durchsichtigen Latten- oder ähnlichem Verschlage zu umgeben, damit der Zwischenraum unbenutzt und nur behufs Untersuchung des Schornsteins zugänglich bleibt, bei Ställen, Heuböden und Holzschuppen muß der betreffende Zwischenraum mindestens 3 Fuß betragen.

§ 58. Die Pflasterung der Straßen und öffentlichen Plätze geschieht von Seiten der Stadt, nach den bestehenden und von der Stadt-Verwaltung erteilten besonderen Vorschriften.

§ 59. Hausbesitzer, welche vor ihren Häusern auf eigene Rechnung die Straße zu pflastern wünschen, haben sich hinsichtlich des Niveau's und der Rinnsteine nach dem allgemeinen Straßen-Niveau zu richten, welches ihnen von der Stadt-Verwaltung angewiesen wird.

§ 60. Wenn behufs Aufstellung von Baugerüsten, oder aus andern Gründen das Pflaster vor einem Hause hat aufgerissen werden müssen, so sind

diese Stellen baldigst und genau im Niveau der Straße wieder umzupflastern, widrigenfalls solches auf Rechnung des Besitzers von Seiten der Stadt-Verwaltung ausgeführt wird.

§ 61. Für die Fußgänger muß längs den Häusern zu beiden Seiten der Straßen, oder an öffentlichen Plätzen ein Fußsteig (Bürgersteig oder Trottoir) angelegt werden, wobei folgende Regeln zu beachten sind: 1) die Fußsteige können in den Stadttheilen, wo Holzbauten zulässig sind, mit Balken eingefast werden; 2) sie müssen vom Rinnsteine, dessen Lage und Richtung behufs Pflasterung der Straße bestimmt wird, bis zur Häuserflucht reichen. 3) sie müssen mit Klinkern oder stark gebrannten Ziegeln gepflastert oder mit Asphalt- oder Kalk-Granitplatten u. dgl. m. belegt werden und dürfen namentlich nicht mit Holz gebielt sein. Bei mehr als 3 Fuß breiten Fußsteigen dürfen die hart am Hause belegenen Flächen bis zu $\frac{1}{4}$ der ganzen Trottoirbreite mit behauenen Steinen oder kleinen Rundsteinen gepflastert werden; 4) sie müssen eine geringe Neigung von den Häusern zum Rinnstein erhalten, die jedoch bei Ziegeln und Fliesen nicht mehr als $\frac{1}{2}$ Zoll betragen darf; 5) sie müssen soviel wie möglich von einem Hause zum andern eine gleichmäßige ebene Fläche bilden; 6) alle aus den Häusern nach dem Straßen-Rinnstein führenden Gerinne müssen dergestalt verdeckt sein, daß die Ebene des Fußsteiges dadurch nicht gestört wird.

§ 62. Zur Ableitung des Tageswassers ist es gestattet, aus den Höfen verdeckte Rinnsteine auf die Straße hinauszuführen, durch welche jedoch keinerlei Unrath abgeleitet werden darf.

§ 63. Abzüge aus Abtritten, Sent-, Mist- oder Abfallsgruben und ähnlichen Sammelpunkten für Unrath dürfen weder in den Embach noch in öffentliche, offene oder unterirdische Entwässerungsanlagen geleitet werden.

§ 64. Zur Entwässerung feuchtkliegender Grundstücke, oder zur Ableitung des Grund- wie des Tageswassers, sind Verbindungsrohre in öffentliche Entwässerungsanlagen nur gestattet mit Genehmigung der Behörde, unter deren Aufsicht die betreffende öffentliche Entwässerungsanlage sich befindet. Die bei den Brunnen vorhandenen Schlammkassen müssen stets bis zum Niveau des Straßenpflasters geführt und dann mit stark getheerten Balken belegt werden.

§ 65. Sämmtliche für Bauten, resp. Bau-Reparatur-Arbeiten erforderlichen Gerüste, die sich in sogenannte feste, fliegende und einfache Leitergerüste einteilen, müssen durchaus sicher und solide hergestellt werden, wofür im einzelnen Fall stets der Bauleitende, resp. Bauausführende verantwortlich ist.

§ 66. Die sogenannten festen Rüstungen, welche aus senkrechten Stangen, den Streichstangen und den Negriegeln bestehen, werden namentlich bei den Streichstangen mit den erforderlichen consolartigen Keilen versehen, die Negriegel auf den Streichstangen mittelst Striden, welche durchaus gesund sein müssen, befestigt. Die ganze Rüstung aber muß mit der erforderlichen Anzahl starker und langer Nägel befestigt sein.

§ 67. Wird bei den Rüstungen ein sogenanntes Aufpropfen der senkrechten Stangen erforderlich, so muß dasselbe mittelst geradem Blatt- und Band-eisen geschehen.

§ 68. Rüstungen für Häuser von 3 Stock und mehr, für außergewöhnliche hohe Bauten, als Dampfschornsteine etc. müssen nicht nur nach der Längsrichtung verstrebt, sondern nach der äußeren Seite auch abgeschwertet werden.

§ 69. Der Belag der Rüstungen besteht entweder aus mittelstarken Schalkanten, aus doppelgelegten 1 Zoll starken, oder einfachen 1½ Zoll starken Brettern, welche überall ein festes Auflager erhalten und, wo erforderlich, auch genagelt sein müssen.

§ 70. Bei den fliegenden, resp. Hängegerüsten, müssen die Böcke, welche das Gerüst tragen und über welche die Laue laufen, vor allen Dingen gegen die Balkenlage oder den Dachstuhl im Innern des Gebäudes abgespreizt sein. Die Laue, die Flaschenzüge mit ihren Rollen, überhaupt alle Theile, welche zum Heraus- resp. Herunterlassen des Gerüsts dienen, sind vor dem Gebrauche gründlich zu untersuchen.

§ 71. Bei den einfachen Leitergerüsten ist es nothwendig, falls die Leiter länger als 3 Faden ist oder durch eine zweite Leiter verlängert werden soll, in welchem letzteren Falle die Leitern durch gesunde Stricke zu verbinden sind, daß sie bei der Aufstellung abgestützt werden, um das Schwanken zu vermeiden. Sämmtliche Sprossen der Leiter müssen vor dem Gebrauch untersucht und nicht über 15 Zoll von einander entfernt sein.

§ 72. Es müssen sämmtliche Gerüste an ihren Fußenden mit festen Umschließungen, welche aus Palisaden und Schalkanten bestehen können, versehen sein.

§ 73. Jede Bauarbeit, ob klein oder groß, muß durch einen sogenannten Bauzaun vom Verkehr abgeschlossen sein. Diese Abschließung muß bei den Leitergerüsten in einem mindestens 6 Fuß hohen Bauzaun bestehen.

§ 74. Außerhalb genannter Abschließungen, der Bauzäune, darf ohne besondere Erlaubniß kein Baumaterial aufgestapelt und überhaupt keine Bauarbeit ausgeführt werden.

§ 75. Alle Bau- und Remonte-Arbeiten, bei denen Herunterfallen von Bauschutt, Steinen etc. eintritt, müssen auf der Straße durch vorgelegte Stangen, Bretter etc. abgesperrt werden. Das Abtragen des alten Anstrichs an der Außenseite der Häuser darf nur nach vorhergegangener Befeuhtung geschehen. In verkehrsreichen oder engen Straßen darf der Bürgersteig nicht eingeengt werden, sondern das Trottoir muß hier durch Anlage von Bretterdächern mit 2 Fuß hoher Balustrade dem Verkehr erhalten bleiben. Wo solches nicht ausführbar ist, muß ein besonderer Brettersteig auf Länge des Baues um den Bauzaun angelegt werden.

§ 76. Die Grundplätze, auf welchen gewerbliche Anstalten errichtet werden sollen, müssen nach dem Verhältniß ihrer Größe und ihres Betriebes einen geräumigen, völlig freien Hof, und die daselbst befindlichen Baulichkeiten min-

destens die allgemein geltende Entfernung von einander, von benachbarten Gebäuden und von den Grenzen haben.

§ 77. Fabriken und industrielle Anstalten unterliegen zwar nicht den allgemeinen Vorschriften hinsichtlich der Facade, doch ist architectonische Regelmäßigkeit in Bezug auf die äußere Gestalt der Gebäude zu beobachten. Es dürfen hölzerne Fabrikgebäude länger als 12 Faden erbaut werden. Sobald dieselben nicht zugleich Wohnlocale enthalten, müssen die letzteren durch Brandmauern abgetheilt werden.

§ 78. Die Eröffnung einer neu angelegten oder umgebauten gewerblichen Anstalt, welche größerer Feuergefährlichkeit ausgesetzt ist, oder mit Feuer oder Dampfkraft arbeitet, oder gesundheitsgefährlich ist, darf nicht eher stattfinden, als bis dieselbe auf Anordnung des Bauamtes, durch wen gehörig, besichtigt, und alle Sicherheits-Maßregeln für genügend befunden sind.

§ 79. Die gewerblichen Anstalten I. Classe können wegen ihrer gänzlichen Ungefährlichkeit überall in allen Stadttheilen und lediglich unter Einhaltung der allgemeinen Bauregeln angelegt werden.

§ 80. Anstalten, welche mit feuergefährlichem Material arbeiten, sind, je nach ihrer Beschaffenheit, von Wohnräumen zu isoliren, und die zur Aufbewahrung solcher Materialien bestimmten Räume gehörig sicher und von dem Werklocale und den Wohnhäusern getrennt, zu errichten.

§ 81. Anstalten mit größeren Feuerungen sollen besonders gesicherte Feuerungsanlagen haben und von Wohnräumen isolirt sein. Sämmtliche Feuerungen sind mit Vorrichtungen zum Auffangen und Niederschlagen der Funken zu versehen. Damit Rauch, Dämpfe und Ausdünstungen nicht nachtheilig auf die Umgebung einwirken, müssen die Schornsteine über die Dächer oder Nachbarhäuser hinausragen oder sonstige Vorsichtsmaßregeln getroffen werden.

§ 82. Anstalten, die mit Dampfmaschinen oder Dampfkesseln arbeiten, dürfen im Innern der Stadt nicht ohne besondere Erlaubniß der competenten Behörde errichtet werden.

§ 83. Anstalten, welche mit schädlichen Substanzen arbeiten oder schädliche Gase ausdünsten, dürfen nur in genügenden Entfernungen von Wohnhäusern und gänzlich isolirt angelegt und müssen mit den nöthigen Ableitungen versehen sein.

§ 84. Badstuben sind so anzulegen, daß sie zur Ableitung des verbrauchten Wassers gehörige Abzugsleitungen erhalten.

§ 85. Badstuben müssen aus 2 getrennten Abtheilungen für das männliche und weibliche Geschlecht mit besonderen, die betreffenden Aufschriften führenden Eingängen bestehen.

§ 86. Schlächtereien dürfen bis zur Errichtung von Communal Schlachthöfen nur entsprechend den von der Stadtverordneten-Versammlung bestimmten Vorschriften errichtet werden und mit Fleischbuden keine Verbindung haben. Die Schlächtereien müssen Vorkehrungen für den Zu- und Abfluß von Wasser haben und mit gehörig verschlossenen Abfallgruben versehen sein.

§ 87. Schmieden dürfen nur in steinernen Gebäuden eingerichtet werden.

Ortsstatut zur Beschränkung der Holzbauten in Dorpat.

Beschluß der St.-B.-B. vom 13. März 1883, publicirt in der livl. Gouv.-Zeitung vom. 18. Mai 1883.

§ 1. Es werden innerhalb des städtischen Weichbildes 3 verschiedene Rayons unterschieden: a) der im I. Stadttheil belegene alte Festungsrayon; b) der in § 6 näher bestimmte „erweiterte Steinrayon“; c) der außerhalb des „erweiterten Steinrayons“ gelegene Theil des Stadtweichbildes.

§ 2. Für den im I. Stadttheil belegenen alten Festungsrayon sind maßgebend die durch Kaiserliche Resolution vom 25. November 1775 erlassenen Anordnungen, betreffend die massive Ausführung der Bauten.

§ 3. Im „erweiterten Steinrayon“ sind, insofern nicht § 4 in Anwendung kommt, neue Holzbauten nur zulässig, wenn sie keine Feuerstelle enthalten und wenn deren Zweck die Anlegung einer Feuerstelle ausschließt. Diese Holzbauten müssen mindestens mit einer Außenwand an einen unbebauten Raum von der in der Bauordnung angegebenen minimalen Größe der Hofräume gränzen und sind, sofern sie von andern Holzgebäuden nicht in gesetzlich festgestellter Distance sich befinden, mit Brandmauern gegenüber diesen zu versehen, sollen auch nur einstöckig sein. Auf Veranden bezieht sich diese letztere Bestimmung nicht.

Anmerkung: Speicher aller Art dürfen im „erweiterten Steinrayon“ nur massiv erbaut werden.

§ 4. Als Wohnstellen benutzte, so wie andere mit Feuerstellen versehene Holzbauten, die am 1. Januar 1884 in dem „erweiterten Steinrayon“ faktisch bestehen, dürfen durch hölzerne An- und Aufbauten erweitert werden. Auch ist die der ordnungsmäßigen Erhaltung dienende Remonte, sowie Wiederherstellung durch Brandschäden zerstörter Theile eines Hauses gestattet.

§ 5. Bei Erbauung von massiven Wohnhäusern im „erweiterten Steinrayon“ wird von deren Besitzern während der ersten 5 Jahre die städtische Immobiliensteuer nicht erhoben. Die Befreiung von dieser Steuer erstreckt sich auf 10 Jahre, wenn das Haus in dem Rayon gelegen ist, wo massive Bauten nicht obligatorisch sind.

§ 6. Die Gränzen des „erweiterten Steinrayons“ werden einerseits, und nach innen, bestimmt durch die Gränze des alten Festungsrayons des I. Stadttheils, andererseits nach außen, durch eine Linie, die vom Embach durch die botanische Straße in den Domaraben führt, diesen entlang bis zu dem zur Augenklinik führenden Berg; von dort längst der Poppel-Straße bis in die Rigasche-, durch diese bis zum Blumenberge, diesen abwärts zur Carlowa-Straße und von dieser durch die Stapel-Straße bis zum Embach. Jen- seits des Embaches im III. Stadttheile zieht sich die Linie vom Embach durch die Sandstraße bis zur Revalschen Straße, diese entlang bis zur Petersburger-, diese kreuzend längst der Jamaschen- bis zur Lindenstraße und diese abwärts bis zum Embach. Die Gränze bildet der Straßenpflaster, so

daß die an der äußern Seite der genannten Straßen gelegenen Häuser nicht mehr zum „erweiterten Steinrayon“ gehören.

§ 7. Wer obigen Bestimmungen zuwider handelt, wird auf Grund des Strafgesetzes zur Verantwortung gezogen.

§ 8. Dieses Ortsstatut tritt mit dem 1. Januar 1884 in Kraft.

Obligatorische Verordnung für die Einwohner Dorpats, betreffend des Halten von Leitern bei den Häusern.

Beschluß der St.-B.-B. vom 31. März 1883, publicirt in der livl. Gouv.-Ztg. v. J. 1883, Nr. 31.

§ 1. Jeder Hausbesitzer in Dorpat ist verpflichtet, bei seinem Hause, an einer leicht zugänglichen Stelle eine solide Leiter in Bereitschaft zu halten und zwar von der Dimension, daß das höchste Fenster des betreffenden Hauses mit derselben erreicht werden kann.

§ 2. Contravenienten werden in Grundlage des § 29 des Reglements über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen zur Verantwortung gezogen.

§ 3. Dieses Ortsstatut tritt mit dem 1. October 1883 in Kraft.

Inhalt.

	Seite
Rückblick auf die Thätigkeit der städtischen Verwaltung zu Dorpat in der Verwaltungsperiode 1878—1882.	5
Provisorische Geschäftsordnung für die Stadtverordneten-Versammlung zu Dorpat.	13
Instruction für die Behörden der Stadtverwaltung Dorpats.	
Abschnitt I. Allgemeine Bestimmungen	16
Abschnitt II. Competenzen und Obliegenheiten des Stadthauptes, als Präses des Stadtamtes	18
Abschnitt III. Das Stadttamt	19
Abschnitt IV. Excutiv-Commissionen	26
Instruction zur Abschätzung der Immobilien Dorpats	31
Regeln über den Verkauf von Fleisch	35
Obligatorische Verordnung über die Reinigung der Hölse, Senkgruben und Aborte	35
Pensions-Statut für die Beamten der Dorpater Communalverwaltung, des Dorpat'schen Rath's und des Vogteigerichts	36
Zur Regelung der Impfung der Kinder.	39
Obligatorische Verordnung für die Einwohner Dorpat's zur Regelung des Marktverkehrs	39
Regeln für die Marktbeamten	42
Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, betreffend die Erhebung einer Steuer für die Stapelung von Waaren am Embachufer und anderen öffentlichen Plätzen vom 25. September 1881.	43
Obligatorische Verordnung für die Einwohner Dorpats über die Reinigung der Straßen	43
Vollmacht und Instruction für die Sanitäts-Inspectionen	45
Obligatorische Verordnung zur Regelung des Milch-Verkaufes in der Stadt Dorpat	46
Obligatorische Verordnung zur Regelung des Bauwesens in der Stadt Dorpat	47
Ortsstatut zur Beschränkung der Holzbauten in Dorpat	60
Obligatorische Verordnung für die Einwohner Dorpats, betreffend das Halten von Leitern bei den Häusern.	61



In G. Laakmann's Verlag erschienen:

Großer Plan der Stadt Dorpat nach der neuesten Aufnahme
50 Kop., eingebunden 75 Kop.

Neuestes Verzeichniß der Straßen u. Häuser Dorpats
20 Kop.

Fuhrmannstaxen
15 Kop.

Stadtbudget von 1880, 1881, 1882 und 1883 à 35 Kop.
